

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Kurfürststr. 4/6) durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“ (Neue Grubenstraße Nr. 5 und Neue Finkenstraße 11, durch die Zweigstellen, Jägerstraße 12, Marktstraße 140) sowie durch alle Vorträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeile 180 bis 200 Goldpfennige. Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Einleitungsgebühr 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verzeiner, Verlobungs- und Hochzeits-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 8 Pf. Das erste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Kurfürststr. 4/6) oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Mussolinis Schreckensherrschaft.

Aus Rom wird gemeldet:
Die italienische Kammer nahm am Dienstag einen Antrag des faschistischen Abgeordneten Turati (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Genossen! Red.) an, durch den die Abgeordneten der Opposition ihrer Mandate für verlustig erklärt werden. Dieser Beschluss betrifft sowohl Sozialisten, Maginisten und Kommunisten wie Demokraten, Republikaner, Katholiken und selbst den größten Teil der Liberalen. Infolgedessen werden die Schwarzgehenden im sogenannten italienischen Parlament von nun an ganz unter sich sein. Selbstverständlich bedeutet dieser Beschluss eine Vergewaltigung der Verfassung, die an sich immer noch besteht. Der Zweck dieses Beschlusses ist, die nicht-faschistischen Abgeordneten dem Zugriff der faschistischen Justiz auszuliefern und gegen sie die neubehobenen Maßnahmen anzuwenden. Den Führern der Opposition wurde deshalb ausdrücklich verboten, Italien zu verlassen. Eine Liste der zu verhaftenden Politiker soll bereits fertiggestellt sein. Sie enthält mehr als 100 Namen von bekannten Politikern.
Mit 341 gegen 12 Stimmen (bei insgesamt 510 Abgeordneten) nahm die italienische Kammer dann in namentlicher Abstimmung den „Gesetzentwurf zum Schutze des Staates“ an. In einer anschließenden geheimen Abstimmung wurden 318 Stimmen für und 6 Stimmen gegen den Gesetzentwurf abgegeben. Zu dieser historischen Sitzung waren die faschistischen Abgeordneten auf Befehl des Generalsekretärs der Partei in Schwarzhemd erschienen. Abgeordnete der Opposition, die sich zu der Sitzung eingefunden hatten, wurden zum größten Teil zum Verlassen des Parlamentsgebäudes gezwungen. Die Sitzung wurde eingeleitet mit einer minutenlangen Rundgebung für Mussolini.

Die römischen Blätter melden, daß General Graf Graziani zum Leiter des kaiserlichen Gerichts ernannt worden ist, welches die in der Vorlage genannten Verbrechen aburteilen soll. Dieser General ist bekannt geworden durch die Strafe, mit der er nach der Schlacht von Kars die Heeresdisziplin aufrechterhalten hat.

Englands Kriegsausbruch-Akten werden restlos publiziert.

Aus London wird uns geschrieben:
Die amtliche britische Reichsdruckerei zeigt nunmehr die Veröffentlichung der offiziellen Dokumente zur diplomatischen Vorgeschichte des Krieges unter dem Titel „British Official Documents on the Origins of the War 1898-1914“ an. Als Herausgeber zeichnen G. P. Gooch und Harold Temperley. Die Publikation soll 11 Bände umfassen. Der erste Band, der veröffentlicht werden soll, umfaßt die kritischen Tage vom 28. Juni bis 4. August. Er soll Ende November herauskommen. Die Namen der Herausgeber hängen für Objektivität.
In der Vorankündigung zu der Publikation wird festgestellt, daß es sich in dem neuen Band, der zuerst herauskommen soll, um eine neue und erweiterte Ausgabe des britischen „Blaubuches“ von 1914 handelt. Dabei sollen die im „Blaubuch“ ausgelassenen Stellen endlich der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Aber nicht nur das. Um jede mögliche Kritik und den Verdacht auszuschließen, haben die Herausgeber sich entschlossen, die gesamte Korrespondenz, einschließlich aller Telegramme und Mitteilungen, so unwichtig und unkorrekt sie auch sein mag, soweit sie sich auf den Kriegsausbruch beziehen, der Öffentlichkeit zu unterbreiten. So soll der Leser mit dieser Ausgabe „alles, was sich in den Archiven befindet und sich auf die Ursachen und den Ausbruch des Krieges bezieht, erhalten. Er wird das gesamte Dokumentenmaterial besitzen, welches der Außenminister und seine Ratgeber zu jener Zeit besaßen.“
Die Einleitung der Herausgeber teilt ferner mit, daß die offiziellen Mitteilungen und Telegramme durch ein „umfangreiches Material ergänzt worden ist, welches 1914 nicht zugänglich war und deshalb nicht benutzt werden konnte“. Damit sind Auszüge aus der Privatkorrespondenz Sir Edward Greys und Aufzeichnungen höherer Beamten des Auswärtigen Amtes gemeint, durch welche das offizielle Aktenmaterial ergänzt wird. Sie sind, nach der Meinung der Herausgeber, von größter historischer Bedeutung. Mächtige Aufzeichnungen, bei denen niemals an die Möglichkeit einer baldigen Publikation gedacht wurde, zeigen die besser als irgendein anderes Material, den Einbruch der Ereignisse auf diejenigen, die den Außenminister dienlich zu befragen hatten. Aus ihnen geht hervor, wie die Auffassung, daß auch jene Krise — wie so manche andere in den vorangegangenen Jahren — vorübergehen würde, schrittweise der Erkenntnis des Ernstes der Lage Platz machte.

Aus Washington wird amtlich gemeldet, daß das Auswärtige Amt der Vereinigten Staaten den letzten Band der Veröffentlichung der diplomatischen Korrespondenz während des Weltkrieges voraussichtlich am 1. Juli 1927 und den zweiten und dritten Band bis 1. Januar 1928 herausgeben wird. Es handelt sich zunächst nur um Veröffentlichungen aus den Jahren 1914 bis 1915.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Wie den Berliner Blättern zu den deutsch-polnischen Verhandlungen mitgeteilt wird, gestalten sich diese außerordentlich schwierig und gehen nur mühsam vorwärts. Ein Abbruch der Verhandlungen ist jedoch nicht erfolgt.

Der neue englische Botschafter bei Hindenburg. Der Nachfolger Lord d'Aethons, Sir Ronald Lindsay, wurde am Dienstag vom Reichspräsidenten, weils Entgegennahme des Glaubigungsverfahrens empfangen, in Gegenwart des Außenministers und des Staatssekretärs Schubert. Der Botschafter und der Reichspräsident nannten Lacarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund die Grundlage des Friedens und Wiederaufbaus.

Nur 10-15% mehr für die Erwerbslosen!

Für weitergehende SPD.-Forderung stimmen zum Schein auch die Deutschnationalen, aber die Regierung nimmt das nicht ernst.

Im Reichstag fand gestern das demagogische Spiel der Deutschnationalen mit den Interessen der Erwerbslosen den zunächst zu erwartenden Ausgang. Der Reichsarbeitsminister erklärte auf Grund der Rede Westarps am Vortage: Da die deutschnationale Abstimmung für die sozialdemokratischen Anträge ausdrücklich von ihren Urhebern als nicht ernst gemeint bezeichnet worden sei, könne und müsse die Regierung annehmen, daß eine wirkliche Mehrheit für diese Anträge nicht vorhanden sei; sie habe daher nur die geringeren Erhöhungen der Unterstützungsfähigkeit durch Verordnung herbeigeführt, die die Minderheit der regierenden bürgerlichen Mittelparteien beantragt habe. Immerhin teilte der Zentrumsmann gleichzeitig mit, daß die Reichsregierung jetzt einer Reihe weiterer sozialdemokratischer Forderungen für die Erwerbslosen, die sich auf Zuschläge, Unterstützungsdauer usw. beziehen, in neuen Gesetzentwürfen entgegenkommen wolle. Außerdem seien die neuen Erhöhungen wenigstens so rasch auch im Reichsrat durchgegangen, daß sie noch in dieser Woche gültig würden. Von sozialdemokratischer Seite wurde durch den Parteiführer Hermann Müller selbst sofort betont, daß unsere Forderungen dadurch nicht befriedigt seien und der Kampf für die Erwerbslosen weitergehe. Sachlich wies unser Führer auf neue Quellen zur Deckung der daraus entstehenden Ausgaben durch Besteuerung der zunehmenden Börsenspekulation. Tatsächlich wurde dann auch wieder mit Hilfe der Deutschnationalen unser Antrag auf 30prozentige Erhöhung der Unterstützungsfähigkeit angenommen. Aber da diese deutschnationale Zustimmung auch in der deutschnationalen Presse jetzt dahin charakterisiert wird, daß sie keine sachliche Billigung unserer Forderung, sondern nur Schwierigkeiten für die mittelparteiliche Regierung bedeuten soll, wird diese dem Reichstagsantrag kaum sofort folgen, da die Ausführung ihr auf dem Verordnungswege überlassen bleibt. Nachdem das neue Entgegenkommen des Arbeitsministers sachlich immerhin mehr bedeutet als die Demagogie der Deutschnationalen, machte auch niemand diesen die Freude einer Unterstützung des kommunistischen Misstrauensantrages gegen die Reichsregierung. Solche Anträge haben ja nur dann einen Sinn, wenn man eine andere Reichsregierung bilden will, für die im jetzigen Reichstag keine parteipolitische Grundlage sichtbar wird.

Nach einer Rede des demokratischen Reichsfinanzministers über die Lage des Haushalts, die auf Grund gewisser Fortschritte der Finanztechnik doch allzu überheblich den nicht immer sehr sozialen Ausgabenabbau der jetzigen Reichsregierung feierte, gab es dann noch eine Debatte, die gerade für den Tag des 9. November paßte, nämlich die ersten Reden über den sozialdemokratischen Antrag auf dauernde Landesverweisung Wilhelms II. und eine Ergänzung der Fürstenabfindungsgehalte der Länder dahin, daß solche Abfindungen von Reichs wegen ungültig werden, sobald die betreffenden Fürsten etwas gegen die Republik unternehmen. Unser Münchener Genosse Saenger benutzte diese Gelegenheit zu einer Abrechnung mit dem Monarchismus, der selbst der deutschnationale Gegenredner nur lau entgegentrat. Die neue Parole der Reaktion beginnt sich angesichts der unmöglichen Haltung der Monarchen immer deutlicher als scheinbare Anpassung an die Republik mit faschistischen Zielen zu enthüllen. Bezeichnend dafür war es, daß der deutschnationale Sprecher schon jetzt Löbes kürzliche Anregung zur Reichswehrreform bestämpfte, noch ehe diese an den Reichstag gelangte! —m.

Die Sitzung wird vom Präsidenten Löbe eröffnet. Haus und Tribünen sind außerordentlich gut besucht. Am Regierungstisch Arbeitsminister Brauns, Finanzminister Reichhold, Wirtschaftsminister Curtius und Reichsinnenminister Kull. Die Kommunisten und die Böllischen haben noch zwei Misstrauensanträge eingebracht, diesmal gegen die Gesamtregierung.
Vor der Abstimmung über die noch außenstehenden Anträge des Sozialpolitischen Ausschusses zur Erwerbslosenunterstützung nimmt das Wort:

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Die Reichsregierung ist ermächtigt, die Unterstützungsfähigkeit in der Erwerbslosenunterstützung an die wechselnden wirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen und dabei den Reichsrat zu hören. Sie hat dies mit dem Reichstag vor ihren wichtigsten Beschlüssen getrieben. Das ist auch diesmal in ausgiebigen Beratungen geschehen. Das endgültige Ergebnis dieser Beratungen ist in den von den Regierungsparteien vorgeschlagenen Erhöhungen zu sehen. Nach den Erklärungen der Parteien am Montag steht fest, daß es sich bei den Beschlüssen zum Teil um taktische Abstim-mungen gehandelt hat und tatsächlich eine Mehrheit des Reichstages für die beschlossene Erhöhung um 30 Prozent für die Hauptunterstützungsempfänger und um 20 Prozent für die Familienzuschläge nicht vorhanden ist. Auf Grund dieser Zusammenhänge hat sich die Reichsregierung entschlossen, an der dem Reichsrat bereits unterbreiteten Vorlage in Einklang mit den Regierungsparteien und den Beschlüssen des Ausschusses festzuhalten und auf dem Wege der Verordnung die Unterstützungsfähigkeit um 15 und 10 Prozent zu erhöhen. Die Reichsratsausschüsse haben dem Vorschlag der Regierung bereits ihre Zustimmung erteilt und daraufhin ist die Verordnung in Kraft getreten. (Hört! Hört! bei den Komm.) Nur so ist zu erreichen, daß die Arbeitslosen noch in dieser Woche in den Genuss der erhöhten Unterstützung kommen. Gleichzeitig soll der volle Zuschlag auch für das vierte Kind gezahlt werden. Die neuen Lasten werden vom Reich getragen werden.

Darüber hinaus ergreift die Reichsregierung die Initiative, um im Sinne der Anträge der Regierungsparteien folgende Aufgaben teils gesetzlich, teils durch Verordnungen und Ausführungsbestimmungen zu lösen: Sie will ohne Verzug einen Gesetzentwurf vorlegen, demzufolge die Bezüge aus der Wochenhilfe und Fürsorge nicht auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet werden. Sie wird weiterhin eine Vorlage einbringen, wonach den Erwerbslosen die Anwartschaft auf die Sozialversicherung aus den Mitteln der Erwerbslosenunterstützung gesichert wird. Endlich soll durch das Gesetz auf dem Wege der Reisenfürsorge den Ausgewanderten der Fortbezug der Unterstützungen für den Winter gewährleistet werden. Diese Vorlage soll schon am Donnerstag im Reichsrat verabschiedet werden. Durch Verordnung oder Ausführungsbestimmungen soll eine gleichmäßige und entgegenkommende Durchführung der Bedürftigkeitsprüfung sichergestellt und verhindert werden, daß Arbeitsstellen mit fortlaufender voller Arbeits-tätigkeit auf dem Wege der Pflichtarbeit belegt werden. Endlich wird die Reichsregierung entsprechend den Anträgen der Regierungsparteien die berufliche Fortbildung der Erwerbslosen fördern. Die Regierung hält an ihrer bestehenden Stellung zur Sozialpolitik fest und wird daraus alle Konsequenzen ziehen. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Scholz (D. Bp.) begrüßt das Vorgehen der Regierung und beantragt die Weiterberatung der Anträge zu vertagen, da sie jetzt doch unpraktisch und unzumutbar wäre.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Nach der Erklärung des Reichsarbeitsministers ist es unmöglich, die ganze Angelegenheit zu vertagen (Sehr wahr! bei den Soz.). So sehr es anzuerkennen ist, daß er eine ganze Reihe von Vorlagen in Aussicht gestellt hat, können wir doch nicht anerkennen, daß die Reichsregierung in der Unterstützungsfähigkeit ein Entgegenkommen gezeigt hat gegenüber den Anträgen, die gestern die Mehrheit in diesem Hause erhalten haben. Wir können heute keine Anträge zur Abänderung der Verordnung stellen, die uns noch nicht zugänglich gemacht worden ist. Wir werden aber beantragen, die Verordnung dahin abzuändern, daß die Unterstützungsfähigkeit um 36 und 20 Prozent erhöht werden sollen. Die Deckung der Mehrausgaben soll erforderlichenfalls durch die Befestigung der Ermächtigung der Wärfenamtliche aufgebracht werden. Auf diesem Wege kann auch die Deckungsfrage gelöst werden. Wer die Spekulationen in der letzten Zeit an den Börsen beobachtet hat, der weiß, daß hier eine Quelle ist, die uns die Mittel zu der Erhöhung gibt. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Es ist gestern wieder die Behauptung aufgestellt worden, daß unsere Anträge agitatorischen Charakter hätten. Ich will demgegenüber darauf hinweisen, daß in Berlin und Hamburg für einen Mann mit Frau und zwei Kindern jeht 18,60 Mark gezahlt werden, dazu kommen nach der Regierungsverordnung 1,07 Mark, also 19,67 Mark. Nach unserem Antrag würden es 23,45 Mark sein. Im Wirtschaftsgebiet III (Ostdeutschland, Red.) werden bisher jeht 12,72 Mark, nach der Regierungsverordnung 13,44 Mark, nach unserem Antrag sollen 15,90 Mark gezahlt werden. Ich möchte denjenigen sehen, der angesichts dieser Differenzen meint, daß unsere Anträge agitatorischen Charakter hätten.

Am Namen meiner Fraktion habe ich zu den Misstrauensanträgen noch zu erklären: Wir wählen den Termin selbst aus, an dem wir unsere Anträge stellen. In einem allerdings hat der Reichsarbeitsminister Recht.

Vergebene Liebesmüh.



„Es will nicht gelingen, den Tag anzuradelern, die Farbe ist zu dauerhaft.“

Die Verordnung ist in Kraft gesetzt worden, damit die Erwerbslosen wenigstens noch in dieser Woche etwas erhalten. Wenn es nach Ihnen (zu den Kommunisten) ginge, würden die Erwerbslosen überhaupt nichts erhalten. (Verhafter Beifall bei den So.)

Der Verfassungsantrag wird schließlich mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen und Wülfischen abgelehnt.

Abg. Scholz (D. Wp.) erklärt dann im Namen der Regierungsparteien, daß diese sich an der weiteren Beratung dieses Gegenstandes nicht beteiligen würden. Sie überließen die Verantwortung für die voll. gefassten Beschlüsse der neuen Koalition, die sich anscheinend auf tiefer sozialer Uebereinstimmung aufbaue. (Große Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)

Die sozialdemokratischen Anträge zur Erwerbslosenvorlage werden dann angenommen. Die zweite Lesung des damit verbundenen Gesetzentwurfs wird erledigt, die dritte durch den Einspruch der Regierungsparteien verhindert. Für das kommunistische Mißtrauensvotum gegen Dr. Baumbach stimmten nur die Antragsteller, die Deutschnationalen enthalten sich, die anderen Parteien stimmten dagegen. Ueber das politische Mißtrauensvotum wird am Mittwoch abgestimmt.

Es folgt dann die erste Beratung des 600-Millionen-Nachtragsetats.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold

leitet die Beratung ein durch längere Ausführungen, in denen er es begrüßt, daß der Reichstag jetzt die Steuern den wirklichen (?) Bedürfnissen angepaßt habe. Er schildert dann die bekannten Abmachungen mit dem Reparationsagenten, durch die eine wesentliche Verbesserung der Liquidität der Reichshauptkasse erreicht worden sei. Das Einkommen habe dem Reich auch wesentliche Ersparnisse gebracht. Durch diese und andere Ersparnisse konnte ein Drittel der Mehrausgaben gedeckt werden, weitere 90 Millionen aus dem Mehrausgaben aus den Zöllen. Mehreinnahmen sind auch aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer erzielt worden. Im ersten Halbjahr 1928 blieb zum ersten Mal das Einkommen aus der Lohnsteuer mit 540 Millionen zurück hinter dem Ertrag der übrigen freien Einkommensteuer, die 663 Millionen brachte. Die Umsatzsteuer, die Vermögens- und Erbschaftsteuer blieben hinter den Einnahmen zurück, während der Ertrag der Körperschaftsteuer von 94 Millionen im Vorjahre auf 198 Millionen in diesem Jahre gestiegen ist. Das Gesamteinkommen sämtlicher Steuerarten wird den Etatsanfang zu übersteigen, das es berechnigt war, 90 Millionen Mehrausgaben zur Deckung des vorliegenden Nachtragsetats heranzuziehen. Dem Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichsarbeitsministers stimmte ich durchaus zu. Wir haben 200 Millionen als Zwischenkredite für den Kleinwohnungsbaubau zur Verfügung gestellt. Dadurch werden 40 000 neue Wohnungen geschaffen und es werden damit 120 000 Bauarbeiter aus der unterliegenden Erwerbslosenliste herausgeholt. Wir ersparen damit also etwa 84 Millionen an Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützung. Nebenbei liegt es auch mit dem Kredit, den wir der Reichsbank zur Fertigstellung angefangener Wohnbauten geben. Auch damit wird die Zahl der Erwerbslosen vermindert und die ganze Wirtschaft wird damit belebt. Es ist immerhin ein Fortschritt, wenn statt der 2 Millionen im Februar heute nur noch 1,8 Millionen unterstützte Erwerbslose vorhanden sind. Zur Deckung können wir eine neue Anleihe von 372 Millionen aufnehmen, so daß wir zur Aufnahme von insgesamt 993 Millionen Anleihe ermächtigt sind. Wir haben aber von der Ermächtigung zur Lombardierung von Schatzwechseln noch keinen Gebrauch gemacht. Wir werden auch jetzt noch nicht den Anleihemarkt in Anspruch nehmen, sondern werden den Zeitpunkt dazu sorgsam abwarten. Trotz der Steuerermäßigungen haben wir eine Finanzgarantie, die zwar fast die Hälfte der Staatsausgaben deckt, aber doch in durchaus soliden Bahnen bewegt.

Erzittert nicht die Lage aus, wenn wir die Finanzen der Länder und Gemeinden betrachten. Wir wollen ihnen im Wege des Finanzausgleichs helfen, und erwarten dann, daß sie besonders die vielfach überkauften Realsteuern senken werden. Jedenfalls kann festgestellt werden, daß die Erwartungen, die das Reichsfinanzministerium im Frühjahr voraussetzte, sich erfüllt haben. Ich darf wohl von der Loyalität der Deutschnationalen annehmen, daß sie anerkennen, daß ihre damaligen pessimistischen Prophezeiungen in keiner Weise eingetroffen sind. Wollen wir die Erwerbslosennot beseitigen, dann brauchen wir eine gesunde Finanz- und Wirtschaftspolitik, gute Handelsverträge und ein gutes Einverständnis mit dem Ausland. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Saenger (Soz.)

begründet dann den von der Sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten und bereits veröffentlichten

Gesetzentwurf, wonach den Mitgliedern der ehemals regierenden Reichsregierungen der Aufenthalt im Reichsgebiet verboten werden soll usw.

Wir sind für die entscheidungslose Entscheidung eingetreten, wir haben bei dem Volkswort darüber einen großen Erfolg erzielt, aber zum reiflichen Sieg reicht es nicht aus. Die Lösung der Frage wurde dadurch den einzelnen Parlamenten überlassen und wie man sie

dort behandelt hat, das war eine Sache der Taktik. Ob man es auf Projekte ankommen lassen sollte oder den Vergleich annahm, das mußte im Landtag entschieden werden. Es war dort nicht mehr zu erreichen und darum billigen wir durchaus die Haltung unserer Freunde im Preussischen Landtag. Dort ist nichts anderes geschehen, als was unter aktiver Anteilnahme des kommunistischen Genossen Hecker als Minister in Sachsen geschah. Dort ist dem Vergleich mit den Mitteln mit den gleichen Gründen auch von Ihren Freunden (zu den Komm.) zugestimmt worden, wie ich in Preußen dem Vergleich mit den Hohenzollern zugestimmt worden ist. Sie, meine Herren Kommunisten, werfen uns vor, wir hätten Verrat geübt. Aber in den hinteren Reihen Ihrer Fraktion, auf der politischen Galerie, sehen Ihre ehemaligen Führer, wie Herr Jwan Rak, wie Frau Fischer, wie die Herren Reddemeyer und Schalem, die nach Ihrer Auffassung ebenfalls Verrat am Proletariat geübt haben. (Sehr richtig! bei den Komm.) Diese Verräter waren gestern dazu berufen, gegen uns das Wort vom Verrat zu sprechen. Seitdem noch die einzigen berechtigten Klassenkämpfer, heute Verräter am Proletariat. (Große Heiterkeit.) Und da möchte ich doch nun die Frage aufwerfen, ob nicht die inaktive Art und Weise, wie Sie diese Sache im Preussischen Landtag vertreten haben, den Lebensinteressen des Proletariats den größten Schaden zugefügt haben. (Sehr wahr!) Ich halte es für verwerflich, daß in großen Schichten des Bürgertums Zweifel darüber entstehen, ob ein Teil der Arbeiterklasse, der solchen Führern folgt, dazu berufen ist, die menschliche Gemeinschaft zu höheren Zielen zu führen. (Sehr richtig! bei den Soz. — Zurufe bei den Komm.)

Nun wird uns von deutsch-nationaler Seite verlangt werden, wie schwach muß doch die Republik sein, daß sie derartige Maßnahmen nötig hat. Ich erinnere aber daran, was Bismarck im Jahre 1872 dem Grafen Henckell geschrieben hat. Ich erinnere auch daran, was die französische Republik getan hat, was die Royalisten getan haben, um die Rückkehr Napoleons zu verhindern. Der Grund für unseren Antrag liegt aber darin, daß die Wiederkehr des ehemaligen deutschen Kaisers eine Herausforderung wäre, wie man sie einem freien Volke in der Geschichte noch niemals geboten hat. Als unser Antrag in der Öffentlichkeit bekannt wurde, wurde in den rechtsliebenden Zeitungen dagegen eingewendet, daß man dadurch ein Recht der Demokratie verleihe. Leider hat die Demokratie und die Republik bisher viel zu wenig Gelegenheit genommen, um ihre Rechte zu wahren, sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß geradezu tierische Verbrecher heute noch in Ihrem (nach rechts) Lager Schutz gefunden haben. (Sehr richtig!) Hätte der demokratische Staat von seinem Recht Gebrauch gemacht, dann wäre es nicht möglich gewesen, daß unter einem demokratischen Reichswehrminister Skandal auf Skandal geschüttet werden konnte. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Verlust der Staatsangehörigkeit

war ja aber auch schon im kaiserlichen Deutschland möglich, wurde ausdrücklich ausgesprochen für Reichsdeutsche, die außerhalb des Landes verblieben sind. Das noch heute geltende Gesetz bezieht sich auf die Staatsangehörigkeit nach dem Reichsrecht. Ich habe daher nur eine Ergänzung des heute noch geltenden Rechts. Meine politischen Freunde sind außerordentlich der Ansicht, daß es für ein freies Volk besser ist, aus eigenem Erkenntnis selbst Beschlüsse zu fassen, als sie sich vom Ausland aufzwingen zu lassen. Ich glaube allerdings nicht an einen solchen Fall, aber die Handlungsweise Wilhelm II. zwingt uns dazu, einen solchen Antrag einzubringen. Auch Herr Rupprecht von Wittelsbach war in zunehmendem Maße ein Objekt der bayrischen Königsmacht.

Ein Führer der Deutschen Volkspartei hat einmal erklärt, daß man die große Vergangenheit eines Volkes achten solle, auch bei staatspolitischen Umwälzungen. Ich will unterstreichen diesen Gedanken. Es ist sehr verständlich, daß ein freies Volk sich seiner großen Vergangenheit erinnert. Wenn eine Partei das Recht hat, auf die Vergangenheit zu schauen, dann sind es wir Sozialdemokraten, denn wir genug haben wir in den Jahrzehnten des Kaiserreichs unterworfene Stimm erhoben. Ja, es waren herrliche Zeiten, damals, und wer das nicht glaubt, der mag dem Reich die „Kreuzzeitung“ folgen und für 25 Pfennig ein Buch kaufen, in dem der frühere Kaiser selbst spricht. (Heiterkeit.) Wilhelm konnte alles, er schmete, er baute, er malte, er verkündete, er Bielerfeld, daß der Arm des deutschen Kaisers bis zu den entferntesten Gegenden der Welt reiche. Er lieferte Schlachtenplan für andere Staaten, er schimpfte auf die Ultramontanen, die man hängen mußte. Aber wenn er als Monarch von Gottes Gnade alles konnte, wenn er noch am 28. November 1918 den Rat der Volksbeauftragten bitten konnte, daß sein Geld und seine Schätze nicht berührt werden sollten, eines konnte er nicht, er konnte nicht lämpfen, er konnte nicht sterben für die Ehre seines Hauses und seiner Heimat. (Sehr wahr!) Hören wir aus Doorn, daß er Bäume schlägt, daß sein Arm noch so stark sei, daß er mit einem einzigen Hieb den ältesten Baum fällen könne. (Große Heiterkeit.) Er ist der Gleiche geblieben auch nach seiner Flucht, der Gleiche auch im Schimpfen. Aber was der Republik Anlaß zu denken gibt, das ist die Tatsache, daß er nicht nur einmal, sondern wiederholt klar ausgesprochen hat, er hoffe, den künftigen Thron wieder zu bestiegen. Selbst im Exil hat dieser Mann es noch nicht über sich gebracht, von den Beschimpfungen des deutschen Volkes abzulassen. Er hat es als ein Verbrechen bezeichnet, daß das deutsche Volk Belgien räumen und Bedingungen annehmen mußte, die so schwer waren, wie sie wohl niemals vorher ein Volk annehmen mußte. Diese Vorwürfe erhebt ein Mann, der sich selbst jeder Verantwortung entzogen hat. Mandatophlegmatisch er selbst, manchmal auch sein Sohn Oskar, der Zigaretten-Diktator. Dieser Zigaretten-Diktator hat mit einem Mann in Verbindung gestanden, der angeklagt war, ein Attentat auf den Reichsaussenminister vorbereitet zu haben. Als Kronprinz bleibt dann noch der Herr Kronprinz, von dem in der „Kreuzzeitung“ geschrieben wurde, er trage in seinem Gemüte die Tügel des königlichen Hauses. Man sehe auf den ersten Blick, selbst wenn man nicht wüßte, wer er sei, die Familienähnlichkeit. Diese Familienähnlichkeit konnte man auch am vorigen Sonntag bei dem Sechstagesessen in Berlin bewundern, wo der Kronprinz 500 Mark stiftete und auf einem Platz schamhaft angeknipst wurde. Von einem allen Sechstagesessen aus Oels! (Heiterkeit.) Ich glaube, man darf es sagen, ruhmvoller und unfählicher ist noch niemals eine Dynastie niedergesunken wie die Hohenzollern. (Sehr richtig!)

Nun ein offenes und ehrliches Wort: Heute vor acht Jahren hat sich das Schicksal unseres deutschen Volkes vollzogen. Die Arbeiterklasse hat die demokratische Republik errichtet. Sie hat das Reich gerettet, als das Reich der Hohenzollern zerfiel. Die Arbeiterklasse hat das fortgesetzt, was das Bürgertum im Jahre 1848 gefordert hat. Heute vor 8 Jahren haben die deutschen Arbeiter das Vaterland gerettet und dieses Volk hat das Recht darauf, daß es nicht bei demokratischen Bestimmungen bleibt, sondern daß es auch zu demokratischen republikanischen Taten kommt. Jetzt soll auch das deutsche Volk zu Gericht auferufen werden und sein Urteil kann nur in dem Befehl an Wilhelm pipeln: Seine Majestät haben draußen zu bleiben! Diesen Befehl erteilt die Deutsche Republik! (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Abg. v. Einbeiner-Wildau (Dnat.) wendet sich gegen die Ueberweisung des sozialdemokratischen Antrags an den Rechtsausschuß. Die ehemals regierenden Führer müßten die gleichen Rechte (!) genießen, wie alle übrigen Staatsbürger. Seine politischen Freunde seien durch die Entlassung des Generalobersten von Seckert außerordentlich beunruhigt worden, es sei zu bedauern, daß der Reichswehrminister durch seine Starrheit diese Entlassung herbeigeführt habe. Ihre Verrätern zum Wehrminister sei dadurch weitgehend entschuldigt worden. Der Redner hoffe, daß General v. Seckert im gleichen Sinne wie sein Vorgänger arbeiten und sich dabei durch politische Querstreichen nicht lären lassen werde. Die von dem Abg. Löbe geforderte Republikanisierung der Reichswehr bedeute eine Schwere Schädigung, da sie dadurch politisiert werde. Die Weiterberatung wird auf Mittwoch verlagert.

Namile unter den Zedern.

Von Henry Bordeaux.

(Berechtigter Uebersetzung von J. Kunde.)

11)

(Nachdruck verboten.)

Hatte Namile die Anspielung verstanden? Ihre Andromangen wurden purpuran. War diese Kiste nicht ein Gefändnis? Schon sammelte Butros, der angedauert war, die Jugend im Wande. Der „Dable“ sollte getanzt werden. Die Musikanten kamen aus verschiedenen Gruppen und hielten sich zu keiner Zeit. Infolge der Beschwerlichkeit des Weges, der zu den Zedern führte, hatte man keine großen Trommeln mitgenommen; aber Hölzer, Saiteninstrumente waren da, und geschulte Sänger, welche diese endlosen, einfallenden Gesänge, die Hingehender der Wäyawanen, plamodierten konnten. Butros schaltete ihren Eifer, rangierte die jungen Leute in einer Reihe hinter sich, nahm das rote Leuchtentuch in die rechte Hand und begann. Sie kennen die unteren Nationalitäten. Die ganze Reihe legte mit rudertigen Bewegungen ein, geht ein Stück zurück, nachdem sie vorwärts geschritten, beschreibe langsam einen Halbkreis. Mein Freund und Bruder hatte in allen seinen Uebungen nicht seinesgleichen. Er leitete den Tanz mit einer Ueberlegenheit, welche den anderen keine Befehle aufzwang. Mit gekrümmten Beinen, hoch gewählter Brust, mit freiem, ungezogenem, heftigen Wesen, wie ein König der Wäyawanen, der in majestätischer Haltung — unter den Baumriesen — den seinen bei einem heiligen, durch die Jahrhunderte überlieferten Ritus voranzog.

Die ganze Volksmenge hatte die Teppiche verlagert und bildete eine weite Kundsche rings um die Tänzer. Nur die Gruppe des Rastens beendete in Ruhe ihr Spiel, als wäre ihr anderer Feier ganz gleichgültig. Da bemerkte ich, daß Butros einen Plan verfolgte. Er hatte sich gestellt als lächle er über die Bedeutung, die seine Schwärze dem violetten Kasakier zuteil werden ließ; aber in seinem Innern verließ, hatte er sich eine Kiste ausgelassen und ich sah die Inzidenz, die Kiste. Mit einer Sicherheit, die gleiches führte er den Tanz genau der Stelle zu, wo die Seite und Arme und die Beine lagen. Die Bewegung des Rastens, das scheinbare Zurückweichen bei jedem Schritt konnte irreführen: Der Tanz avancierte trotzdem. Bald mußte Butros als erster auf den Teppich und die Teppiche trugen, Wäyawanen in die Gewand beizugehen. Und er verlagerte seinen Plan mit verlässlicher Festheit. Er tat, als gäbe er sich seiner Inspiration hin und

vergäbe die Erde. Seine Augen verloren sich in den hohen Zweigen der alten Stämme.

Ich und noch ein anderer hatten ihn verstanden. Während der rote Kasakier die Brauen runzelte und in heftigen Jörn auszubringen drohte, denn Butros Fuß mühte, wenn er sich nicht entfernte, die Früchte seines Deserts zerstampfen, sprang der violette Kasakier, nachdem er den Blick Namiles noch einmal gefaßt hatte, ohne Hilfe der Hände empor und gab ruhig seinen Dienern den Befehl, die Teppiche und Körbe aufzulegen. Um Raum zu lassen, wich er dann einige Schritte zurück, wie wenn er an anderen Spielen Anteil nähme und sich mit uns vergnügte. Sein Gesicht, das diese Schwärze empörte, wagte trotzdem nicht, ihm Vorhaltungen zu machen. Ich wandte mich nach meiner Verlobten um; auch sie hatte sich Redenshaft über die Gefahr gegeben und ich glaubte am Rand ihrer schmalen Lippen ein rasch unterdrücktes Lächeln des Dankes wahrzunehmen.

Butros, der nach seiner Berechnung sein Ziel erreicht zu haben wähnte, war überrascht, daß er nur auf Rajen trat; er ließ sich herbei, niederzuknien. Er war von dem nur allzu leicht erzwungenen Sie so enttäuscht, daß er den „dable“ jäh abbrechen ließ. Man glaubte ihn müde, ihn, der die Ermüdung nicht kannte. Er hatte mit dem Stolz der Weis von Affe gerechnet, denn er wollte einen Streit heraufbeschwören. War das Terrain nicht gut gewählt? Konnte es gebilligt werden, daß Fremdlinge das Recht unter den Zedern hätten? Er hatte die öffentliche Meinung für sich und durfte ungefragt ihren Jörn entfesseln. Nun aber hatte die Heigheit des Erbfeindes die Gelegenheit jäh abgebrochen. Dieses plötzliche Abbrechen des Tanzes verriet außerdem deutlich seine Absicht, und der Scheit Kasakier-el-Hame, sein Vater, der Zurückhaltung unbefohlen hatte, würde es nicht ruhig hinzunehmen, daß man seinem Befehl zuwiderhandelte. Da rettete Namile diese peinliche Situation.

Er sprang in den leeren, von den jungen Männern verlassenen Raum. Diese hatten sich ärgerlich und großem Eifer mit, weil sie die Bestätigung ihres Führers nicht verstanden. Sie gab den Musikern ein Zeichen, hielten ihnen zu und begannen nach ihrer Unmöglichkeit und eintönigen Kamellen zu tanzen. Sie haben ein junges Mädchen in Begleitung tanzen sehen und ihre Uebertragung nicht verstanden, weil ich ihnen sagte, daß sie nicht würdig sei, Namiles Magd zu heißen. Das war aber trotzdem die Wahrheit. Wer nicht gesehen hat, wie sie an jenem Tage unter den Zedern tanzte, kann das nicht verstehen. Ihr Blick leuchtet noch in meinen alt gewordenen Augen. Sehen Sie sie nicht darin? Denn sollen meine Worte verstanden, sie Ihnen zu zeigen.

Zu dem langsamem Rhythmus präudizierte sie entsprechend. Die Schritte, die sie ausführte, gleichen denen des „dable“, nur streifte sie kaum den Boden und beschübte ihn nicht; so leicht war sie und schnell in die Höhe, ohne sich von der Erde abzustoßen. Sie tanzte nicht, wie es üblich war, sie schen nur einer inneren Kadenz zu folgen, welche ihr Gesche vorführte. Während des Laufens lösten sich die Arme ihrer flatternden Tunika und zeigten die weißen, bloßen Arme, deren Schnee mir hätte gehören sollen; sie strahlten sich bald gegen die Erde, als wollten sie alle Blumen zu ihr rufen, bald erhoben sie sich über ihren Kopf und machten die Taille schmal, wie die einer Amphora. Zuweilen stürzte ein Sonnenstrahl durch die Zweige, erhellte sie und drückte ihr seine Lichtfülle auf. Ihr rechtes Handgelenk umspannte das gelbene Armband, das ich ihr bei unserer Verlobung gegeben hatte. Und auf der Stirn irug sie auch den Goldreif, der ihre Haare über den Wurzeln festsetzte. Die in langen Föpien zusammengehaltene Haarfrisur flog auf, so daß die Goldschnecken gegeneinander kliefen und mit ihrem Geflügel den Triumphmarsch begleiteten. Ihre Züge spannten sich; die physische und geistige Anstrengung machte sie hart, aber der Ambrastein veränderte sich zu einer Palina von rotem Gold, wie sie der Abend den Steinen Saalbeis verleiht. Die leidenschaftlich erregten Augen hafteten an keinem Objekt; sie folgten einem unbekanntem Traum. Nach und nach aber nahm der Tanz an Geschwindigkeit zu. Sie bewegte sich in Drehungen und Volten so blitzschnell und sicher, daß sie an Seesegel im Sturme erinnerte. Dann unterbrach sie unvermittelt ihren wilden Lauf wie unsere arabischen Kasse, deren Galopp ein leiser Drud der Hand anhält; regungslos stand sie da und es schien, als läwete sie über der Erde; so gestreckt war ihr Leib und so gestrafft ihre Beine.

Ich erinnerte mich, daß nach der Bibel — aus welcher wir einige Bruchstücke in der Schule zu Amara auswendig lernten — Abalom, König Davids Sohn, auf der Flucht vor seinem Vater schwebend hängen blieb am Zweige eines Baumes, wo ihn Joab, der ihn verfolgte, mit drei Pfeilen durchbohrte. Namile, die sich in die Luft im Schatten einer der größten Zedern redete — ihr aufgelöstes Haar war von königlichem Diadem getönt — erschien in dieser Verlammlung von Zeugen jenseitiger Vergangenheit wie das Symbol der Jugend, der Schönheit und der Liebe. Und in einer seltsamen Ideenverbindung schien sie mir jenem Abalom zu gleichen, der das Entsetzen vor dem nahen Tode empfand. Haben wir nicht Diämonen aus der Ferne und konnte ich damals ahnen, daß der Ort ihres Triumphes eines Tages auch der ihrer Qual sein wird?

(Fortsetzung folgt.)

Der Fememordprozess der Rüstler Schwarzen Reichswehr.

Landberg, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) In der Diensttagung des Landberger Fememordprozesses wiederholte der Vertreter des Nebenklägers zunächst seinen Beweisanspruch, den Reichswehrminister Dr. Götler, Reichsinnenminister Kütz, den ehemaligen preussischen Innenminister Genering, Oberregierungsrat Mählein, Staatssekretär Auenzger, den früheren Chef des Stabes beim Wehrkreiskommando III und jetzigen Regimentskommandeur von Oberregierungsrat Weib, den früheren Chef der Heeresleitung Seelitz und Staatssekretär Meißner als Zeugen zu laden. Sie sollen zu der Frage gehört werden, ob wirklich eine Schwarze Reichswehr im vollen Einverständnis mit der regulären Reichswehr bestanden hat und ob die in Frage kommenden Minister einverstanden damit waren, daß die Arbeitskommandos völlig im Waffenstande ausgebildet wurden und unter Überwachung der Stärke dieser Truppen nach innen und außen eingesetzt werden sollten in Verbindung mit den regulären Truppen. Rechtsanwalt Dr. Wemthol begründete diesen Antrag damit, daß die Aussagen des Schulz unbedingt auf ihre Glaubwürdigkeit geprüft werden müßten. Der zweite Vertreter des Nebenklägers beantragte die Ladung mehrerer Zeugen zum Beweise dafür, daß die Ausbildung der Arbeitskommandos lediglich für politische Zwecke diente, und Waffen in nennenswertem Umfange in jener Zeit überhaupt nicht gesammelt worden sind. Die Leute sind im Gegenteil nur zum Kampf nach außen und innen ausgebildet worden. Beweis dafür ist der Text eines Briefes, das die Arbeitskommandos beim Ausmarsch lauten. Darin heißt es u. a.: „Blut muß fließen in der Judenrepublik! — Nieder mit den Händen von der Judenrepublik!“ Das Gericht beschloß nach etwa halbstündiger Beratung, den Antrag auf Ladung der Minister abzulehnen.

Oberleutnant Frhr. v. Senden, der dann als Zeuge vernommen wurde, erklärte, er sowohl als Oberleutnant Schulz hätten sich beim Wehrkreiskommando III als Offiziere, nicht als Zivilangestellte, gefühlt. Über den Grund dieses Gefühls könne er nur in geschlossener Sitzung aussagen. Der Zeuge bestritt, irgendeinen Befehl von Schulz an Knapprecht, einen Mann verschwinden zu lassen, zu fernen Seiten zu setzen sei mitgeteilt worden, daß Verrat mit dem Tode bestraft werde; daß schwere Strafen auf Verrat stehen würden, sei selbstverständlich gewesen. Zeuge Feuerlein, der Ordnungszug beim Arbeitskommando war, betonte, daß Berichte über unechte Verhandlungen, Verrat usw., in keiner Gegenwart dem Oberleutnant Schulz vorgelegt worden sind. Auch der Zeuge Thiele, der seinerzeit Feldwebel im Büro des Oberleutnants Schulz war, bestätigte, daß Schulz im Besitz von Akten über schmutzige Geschäfte war. Im Falle Sand hat der Zeuge die Akten abgeschlossen mit dem Berner; Sand ist unerschütterlich aus der Truppe zu entfernen. Auf die Frage an Oberleutnant Schulz, was darauf abgesehen solle, habe er geantwortet: „Das lassen Sie meine Sorge sein.“ Sand sei dann ordnungsmäßig entlassen worden. Im allgemeinen habe die Anweisung bestanden, die Leute, die sich etwas zuschulden kommen ließen, hilflos zu entlassen, die Sache aber nicht dem Gericht zu übergeben, um die Organisation nicht zu verraten.

Oberst Gudovius, damals Kommandeur der Festung Rastatt, gab als Zeuge zu, die Festnahme des Götter, bedingt zu haben, weil Klüchtendacht vorlag. Schulz sei nicht bestraft worden, eine Degradation vorzunehmen, da er keine Festnahme erlitten habe. — Die Verhandlung wurde schließlich auf Mittwoch vertagt.

Preußens Elektrizitätswirtschaft vor dem Landtag.

Der Landtag legte am Dienstag zunächst die Beratung des Gesetzentwurfs über die Bereitstellung von Geldmitteln zur Ausgestaltung des staatlichen Besitzes an Elektrizitätsunternehmungen fort.

Handelsminister Dr. Schreiber: Die Elektrizitätsunternehmungen haben volkswirtschaftlich eine reichhaltige Bedeutung. In den letzten 10 Jahren hat sich die Zahl der installierten Kilowatts verdreifacht. Dabei verbraucht Deutschland auch gegenwärtig auf den Kopf der Bevölkerung erst 142 Kilowattstunden. Der Staat muß dafür sorgen, daß das ganze Land mit elektrischer Kraft versorgt wird, aber er kann sich in seiner Tätigkeit nicht auf die ungenügenden und unvorzulebenden Gebiete beschränken lassen. Noch bedeutsamer als die rein geschäftliche Tätigkeit ist für den Staat die Regulierung und der Ausgleich unserer Strompreise und die gemeinsame Schaffung von Wasserkräften. Der Staat denkt nicht daran, nur um der Konkurrenz willen unwirtschaftliche Investitionen zu machen, aber wir können uns auch nicht dazu verstehen, bestimmte Gebiete einzelnen Elektrizitätsunternehmungen des Reiches oder der Privatindustrie zur Ausbeutung zu überlassen. Wir wollen vielmehr gemeinsam mit allen anderen Elektrizitätsunternehmungen an einer großzügigen Rationalisierung mitwirken. Wir wollen auch dafür sorgen, daß die Rechte des zum letzten Verbraucher nicht zu lang und die Verteilung der elektrischen Kraft billig wird und rechnen dabei auf die verstärkte Mitwirkung der Kommunalverbände, in deren Hand die meisten Stromverteilungsanlagen liegen. Das Installationsgeschäft und der Betrieb elektrischer Bedarfsartikel soll ohne öffentlich rechtliche Konkurrenz den lebensfähigen Handwerksbetrieben überlassen bleiben. Das staatliche Hoheitsrecht der Enteignung muß von der geschäftlichen Betätigung des Staates vollkommen getrennt gehalten werden. Das Deutsche Reich würde gerade wegen seiner großen elektropolitischen Aufgaben besser nicht als Unternehmer auf diesem Gebiete auftreten. Im übrigen sollen alle Elektrizitätsunternehmungen miteinander Hand in Hand arbeiten. (Beifall.)

Abg. Dr. Waentig (Soz.): Die Geschichte der preussischen Elektrizitätspolitik ist bis in die letzten Jahre hinein eine Geschichte der verpackten Gelegenheiten. Augenblicklich beschäftigt uns die Streitfrage der Abgrenzung des Tätigkeitsgebietes der verschiedenen Elektrizitätsunternehmungen. Darüber werden wir uns mit Herrn Dr. Hermes nicht verständigen, der in das privatkapitalistische Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk blind verlehrt ist. Für uns handelt es sich um die rein praktische Frage, aus dem gegenwärtigen Zustand latenter Kriegsführung in einen Zustand des Einvernehmens, aus dem Konkurrenzkampf heraus in ein Kartell zu kommen. Dabei denken wir nicht nur an Gebietskartellierung; es gibt auch Produktionskartelle, Gewinnkartelle usw. Das Haus darf sich nicht programmatisch auf eine bestimmte Kartellform festlegen. Letztendlich muß bei der Verteilung über die Interessensgruppen die Wahrung des öffentlichen Interesses sein. Eine Verteilung nach Interessengebieten schafft die Möglichkeit privater oder halb öffentlicher Monopole, die wir vermeiden müssen. Als Endpunkt der ganzen Entwicklung werden wir mit einem ganz Deutschland umfassenden Elektrizitätskartell rechnen. Heute aber haben wir es zunächst mit der Ausgestaltung der preussischen Elektrizitätswirtschaft zu tun. Für sie brauchen wir eine Neuorganisation zur rationalen Zusammenfassung der Betriebe über den bisherigen rein kapitalistischen Zusammenhalt hinaus. Gehtes Ziel aller staatlichen Elektrizitätspolitik muß die möglichst billige Versorgung des letzten Abnehmers mit Licht und Kraft sein. Deshalb muß der Staat entweder unmittelbar auf den letzten Abnehmer liefern oder sich einschließenden Einfluß auf die Zwischeninstanz sichern. Nicht ausschlaggebend darf die Befürchtung sein, daß die Herabsetzung der Zwischenpreise bei der Verteilung des elektrischen Stroms zur Steuererhöhung in den Gemeinden führen könnte. Die Erhebung überhöhter Preise für elektrisches Licht und Kraft ist auch nichts anderes als eine Steuer und eine rückständige und ungerechte obendrein.



Abg. Winterfeld (D. Vp.): Wir verlangen völlige Klarheit über den Geldbedarf des preussischen Staates für seine Elektrizitätsunternehmungen. Der Staat muß sich schuldig machen mit RWE und Electrowerken verständigen. Wenn er den Wirtschaftsführern so feindselig gegenübersteht wie jetzt in der Elektroindustrie, kann er seine Aufgabe nicht erfüllen.

Abg. Schwann-Berlin (Komm.): Das Zetelgeschrei des Privatkapitals ist ganz überflüssig. Der Staat ist viel zu spät und viel zu rückständig vorgegangen.

Abg. Dr. Fall (Dem.): Wir werden bei der Elektrizität zum Staatsmonopol kommen wie bei den Eisenbahnen. Aber heute können wir die Konkurrenz der Privatunternehmungen noch nicht ausschalten. Wir sind entschieden gegen jedes Privatmonopol und wünschen dringend, daß das Reich seine Elektrizität an Preußen abträte.

Abg. Müller-Frankfurt (Wirtsch.): Wir sind im allgemeinen gegen Staatswirtschaft, aber in der Elektroindustrie ist das Privatmonopol die größte Gefahr. Es greift heute schon auf Installation und Lampenverkauf über und gefährdet durch Unterbietung den Mittelstand.

Abg. Wehner (Nat.): Der Minister hat mit seiner Elektropolitik den Landtag vor vollendete Tatsachen gestellt. Im alten preussischen Staat wäre das unmöglich gewesen. Damit schließt die Debatte. Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Ohne größere Aussprache werden darauf eine ganze Reihe von Anträgen des Hauptausschusses, des Ausschusses für Handel und Gewerbe und des Beamtenschaftsausschusses angenommen. Beschlossen werden u. a. Staatsbeihilfen für den Bau der Landberger Märkte-Brücke und die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Oppenröschischen Moorbruch. Ebenso wird der Antrag angenommen, der Organisation der bildenden Künstler 100 000 Mark und der Genossenschaft Deutscher Bühnengeschäftiger sowie deren Pensionkasse für fünf Jahre je 50 000 Mark zuzuwenden.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Mittwoch, 11. a. Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen den Innenminister.

Aus dem Reich.

Ueber den „9. November als historischer Tag“ sprach am Dienstag abend im Berliner Rundfunk der Preussische Ministerpräsident Genosse Otto Braun. „Der 9. November“, führte der Ministerpräsident aus, „ist heute noch in der geistigen Auseinandersetzung scharf umstritten. Er ist für die einen der Tag des Zusammenbruchs und Niederganges, für die anderen der Tag des Anbruchs eines neuen Zeitalters voll neuer Ideale. Man mag aber zu diesem Tag stehen, wie man will — ein historischer, ein Schicksalstag des deutschen Volkes war er. Er war der Abschied einer alten Geschichtsepoch, aber zugleich der Beginn einer neuen Entwicklung. Ganz anders wie bei den großen heldischen Völkern der klassischen Zeit, die an der sozialen Frage zerbrochen sind, hat sich die Geschichte des deutschen Zusammenbruchs abgespielt. Was hier in sich zusammenfiel, war — objektiv historisch gesehen, ein Zusammenbruch doch nur eines politischen Systems, nicht aber eines Volkes. Könnten wir das, was heute ist, unbeeinträchtigt durch parteipolitische Wunschbilder sehen, dann müßten wir zugeben, daß seit dem 9. November 1918 ungeheuer viel Positives und Wertvolles geschaffen worden ist. Wer hätte vor acht Jahren gewagt, Ereignisse zu prophezeien, wie sie sich jetzt bereits in Genuß und Thronen abgespielt haben? Der Wiederanstieg Deutschlands ist heute keine Phantasia und kein optimistisches Traumgebilde mehr.“ Der Ministerpräsident schloß mit einem Appell an den Willen zur sozialen Gerechtigkeit in der Republik.

Gefängnis für einen wütenden Heizer. Am Dienstag hatte sich der ehemalige deutschvölkische Reichstagsabgeordnete und jetzige Geschäftsführer der Deutschvölkischen Landtagsfraktion in Preußen, Fehrenhorst, wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik zu verantworten. Der Angeklagte war beschuldigt, wiederholt den preussischen Ministerpräsidenten Braun in seiner Eigenschaft als Chef der Preussischen Staatsregierung öffentlich herabgesetzt zu haben. Die Staatsanwaltschaft erbielt in dieser Handlungsweise eine Herabwürdigung der verfassungsmäßig festgestellten Staatsform. Der Antrag der Staatsanwaltschaft lautete auf 10 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte nach kurzer Beratung folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen § 8 des Gesetzes zum Schutz der Republik zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt. Der Antrag auf Bewährungsfrist wird abgelehnt. In der Begründung des Urteils wies der Vorsitzende auf die besonders rohe Form hin, in der sich der Angeklagte der schlichten Beschimpfungen der republikanischen Regierung und der Reichsflagge schuldig gemacht hat. Namenslos sei die „gemeine und niederträchtige Gesinnung“ des Angeklagten bei der Strafzumessung in Betracht zu ziehen gewesen. — Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last.

Der Faschismus schlägt den Monarchismus. Bei einer Gründungsfeier des „Deutschbanner Schwarz-Weiß-Kat“ kam es am Dienstag abend in den Kammern in Berlin zu scharfer Auseinandersetzung zwischen dem „Stahlhelm“-Kapitän Ehrhardt und dem altpreußischen Major und Schriftleiter der „Deutschen Zeitung“, von Sobenstern. Ehrhardt, der seine neuesten Ansichten von „Mitarbeit“ in der Republik (die er aber faschistisch umgestalten will) vertrat, fand größeren Beifall als der unentwegte Sobenstern.

Was einem Sekretär heute passiert. Amtsratsherrn in Weimergede, der in mehreren Neben den ermordeten Erzberger als den größten Lumpen der Weltgeschichte bezeichnet und die Republik und ihre Minister beschimpft hat, wurde vom Disziplinargericht zur Straferkennung verurteilt.

Die Bundesleitung des „Wiking“ veröffentlichte am Dienstag eine Erklärung über eine am 6. und 7. November in Berlin abgehaltene Führertagung. In dieser Verlautbarung wurden gleichzeitig „Nichtnahmen für die nunmehr wieder beginnende Arbeit in Preußen“ mitgeteilt. Von amtlicher preussischer Seite wird im Gegensatz hierzu darauf verwiesen, daß das Verbot nach wie vor rechtskräftig ist und der Wiederzusammentritt des Bundes „Wiking“ strafbar ist. Gegen die Teilnehmer an einer Führertagung wie gegen jede Betätigung des Bundes „Wiking“ soll das Strafverfahren eingeleitet werden.

Spitzel und Verschwörer.

Riccolti Garibaldi, Enkel des berühmten Freiheitskämpfers, im Kriege Freiwilliger im französischen Heere, ist in Algier als Leutnant Russlands entlarvt und festgenommen worden. Garibaldi (Bild links) hat von der französischen Regierung große Geldsummen erhalten und dafür Spionagedienste geleistet. Er hat in republikanischen Kreisen die Rolle eines Agent provocateur gespielt, in einem Umfange, der durch die Ermittlungen der französischen Polizei erst noch festgestellt werden muß. Dieser würdige „Oberst“ stand in Verbindung mit dem spanischen Oberst Macia (Bild rechts) der in der spanischen Provinz Katalonien einen Scheinaufstand gegen die Regierung Primo de Rivera plante und im letzten Moment mit einer größeren Anzahl Verschwörer an der französischen Grenze festgenommen wurde. Zweck des Aufstandes war Störung der Auslandsbeziehungen Frankreichs im italienischen Interesse.

Aus aller Welt.

Zum 400. Todestage von Albrecht Dürer. Der in das Jahr 1928 fällt, wird in Nürnberg eine große Dürer-Ausstellung stattfinden, die das Schaffen des Künstlers in einer bisher noch nicht gesehenen Vollständigkeit zeigen wird. Neben dieser Hauptausstellung wird auch noch eine Reihe von Organisations kleinere Ausstellungen, Festspiele und Vorträge veranstalten.

Die riesigen Unglücksziffern im Ruhrbergbau. Nach einer Mitteilung des Oberbergamtes Dortmund bezugen die Gesamtunfälle im dritten Vierteljahr 1928 21 780, das sind auf 1000 Beschäftigte 82,08, davon tödliche Unfälle 209 (auf 1000 Beschäftigte 0,60). Im ersten Vierteljahr waren 15 355 Gesamtunfälle, im zweiten Vierteljahr 15 912 zu verzeichnen.

Unfall mit menschlichen Schädeln. Der männliche Schädel, der am Montag im Treppenhause eines Hauses im Norden Berlins aufgefunden wurde, erwies sich als ein anatomisches Präparat. Am Dienstag vormittag wurde in derselben Gegend auf dem Hofe eines Hauses der Schädel eines Kindes vorgefunden. Auch hier ist die man fest, daß es sich um ein anatomisches Präparat handelt. Vermutlich haben Studenten leichtfertig oder aus Missetzung Präparate an die Öffentlichkeit gebracht.

Das Berliner Sechstagerrennen ergab nach den Wertungen der letzten Nacht folgendes Bild: Wambolt-Lacquehay 78 Punkte. 1. Runde zurück: Junge-Marcillac 147 Punkte. 2. Runde zurück: Aerts-van Hevel 97 Punkte. 3. Runde zurück: Koch-Lies 148 Punkte. 4. Runde zurück: Knappe-Rieger 276 Punkte; Hüster-Lanari 194 Punkte. 7. Runde zurück: Gottfried-Nebe 289 Punkte. 10. Runde zurück: Horber-Horan 134 Punkte. Die Mannschafts-Friede-Verhuceren ist mit Verlusten aus dem Rennen genommen. Es ist schwer zu sagen, ob der heutige und letzte Tag noch wesentliche Veränderungen der Positionen bringen wird. Die Franzosen fahren mit ungewöhnlicher Energie und werden sich den ersten Platz kaum noch nehmen lassen. Fey-Koch, denen man wohl zutrauen kann, daß sie das Feld noch durcheinander werfen, liegen 3 Runden zurück und können leicht bei nächster Gelegenheit noch an die Spitze aufrücken. Inzwischen ist, nach den Überlegungen der Durchfahrer, 5. Tage zu urteilen, auch bis in die letzten Stunden des Rennens mit heftigen Positionskämpfen zu rechnen. Inwiefern sie das bisherige Resultat noch verschieben, ist nicht abzusehen.

Eine nationale Köpenickade.

Auf den vielen Kellern, die vom „Armees und Marinetaag“ in Nürnberg veröffentlicht wurden, sah man an der Seite von Ruppert von Wittelsbach, Oskar von Hohenhausen und Madenien einen Major der Reichswehr. Er war mit einem Trupp „Vaterländischer“ aus dem unterfränkischen Städtchen Weilsbüchheim gekommen, wo er sich seit einigen Monaten aufhielt und als Gast der sogenannten besseren Gesellschaft lebte. Dort hatte er sich als Major Hausen von der Militärschule Oldenburg eingeführt und als krummer Monarchist die Herzen des Reichshäckerl-Bürgerturns im Sturm erobert. Außerdem wußte sich der Herr Major, da er öfters in Geldverlegenheit kam, auch noch einige tausend Mark zu verschaffen. Das ging bis Ende September. Dann mußte er zu den Wandern nach Bad Mergentheim. Seitdem blieb er in Weilsbüchheim verschunden. Die Dresdener Polizei hat den angeblichen Major jetzt als einen ganz gewöhnlichen Hörschtapler entlarvt, der seit 1923 die Dummheit der Angehörigen der Vaterländischen Verbände sich zunutze zu machen wußte, um auf ihre Kosten ein angenehmes Leben zu führen.

Durchgefallene Abiturienten klagen gegen den Unterrichtsminister.

Aus Bukarest wird uns geschrieben: Bei den letzten Reifeprüfungen in Rumänien sind 53 Prozent aller Kandidaten durchgefallen, da die Prüfungsvorchriften mit außerordentlicher Strenge gehandhabt wurden. Die Eltern der in Rumänien durchgefallenen Schüler haben nun beim Gericht eine Klage gegen den Unterrichtsminister eingereicht. In dieser einzig dastehenden Klage wird behauptet, daß infolge ungleicher Beurteilungen des Unterrichtsministers die Prüfungsvorchriften verletzt wurden.

Neue sowjetrussische Briefmarken.

Das Moskauer Postkommissariat bringt mit Unterstützung des Komitees für Kinderfürsorge ab 1. Dezember dieses Jahres besondere Briefmarken in den Verkehr, deren Erlös teilweise dem Fonds zum Schutz der obdachlosen Kinder zugeführt werden soll. Die gepantete Markenreihe unterliegt sich dadurch wesentlich von den üblichen Wohlhabensmarken, daß diese Postwertzeichen bei allen postalischen Operationen statt Bargeld in Zahlung gegeben werden können. Es werden zunächst Briefmarken im Werte von 10 und 20 Kopeten ausgegeben.

Ausforschung — auf höheren Befehl.

Die Smolensker Gouvernementsstelle für Sozialversicherung leistete sich jüngst wie die Sowjetblätter berichten, ein ergötzliches bürokratisches Schildbürgerstückchen. Eine amtliche Vorladung dieser Behörde adressiert an einen gewissen Nikolai Kapitono-witsch Gallejew, unter Tg.-Nr. 528, hatte folgenden Wortlaut: „Hiermit werden Sie ersucht, in der Gouvernementsversicherungskasse vorzusprechen zwecks Verhandlung in der Sie betreffenden Angelegenheit Ihres Todes. Ihr Erscheinen ist obligatorisch.“ Das Dokument trug die Unterschriften des Vorsetzers der Abteilung für Pensionen und Unterhaltungen Kosakow sowie des Schriftführers.

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse vom 9. November.

1 Pfund Sterling	20,893	100 mg. Krone	13,00
1 Dollar	4,2065	100 Sch. Kronen	12,48
100 holl. Gulden	183,17	100 Schweizer Franken	81,00
100 Belg. = 500 Franken	88,58	100 Dän. Kronen	68,70
100 norw. Kronen	105,22	100 schwed. Kronen	112,20
100 Danzig. Gulden	81,49	100 österr. Schilling	4,893
100 Lit.	17,06	100 österr. Gulden	69,20
100 Lit. Lit.	111,91	100 Poln.	46,58

Sonntags-Anzeigen

Am 9. November, früh 1/4 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden mein innig geliebter Mann, unser guter treuer, geliebter Schwiegervater, Großvater und Onkel

Robert Schön
im Alter von 75 Jahren.
Breslau, den 10. November 1926
In tiefstem Schmerz
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Freitag, den 12. November, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Brigittental 7, nach Oswitz, Tor 6.

Deutscher Bauwerksbund.
Am 9. November starb unser langjähriges Mitglied und Mitbegründer der Bauhilfsarbeiterorganisation in Breslau

Robert Schön
im Alter von 75 Jahren 3065
Sein Andenken werden stets in Ehren halten
Die Mitglieder der Bauwerkschaft Breslau.
Beerdigung: Freitag, 12. Novbr., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Brigittental 7, nach Oswitz.

Deutscher Verkehrsband.
Am 9. November verstarb unser langjähriges Mitglied, der **Invalide**

Robert Schön
im Alter von 75 Jahren. 3064
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 12. November, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Brigittental 7, nach Oswitz.

Begräbniskasse der Bauhilfsarbeiter.
Am 9. November verstarb unser langjähriges Mitglied und werter Kollege, der **Bauhilfsarbeiter**

Robert Schön
im Alter von 75 Jahren. 3066
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Begräbniskasse.
Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Brigittental 7, nach Oswitz.

Deutscher Hilarbeiter-Verband.
Am 8. November verstarb nach längerer Krankheit unser Kollege, der **Hilarbeiter**

Erich Hallmann
im Alter von 30 Jahren. 3068
Sein Andenken werden stets in Ehren halten
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.
Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Dürrgoy aus.

Ich bin zu sämtlichen Krankenkas sen zugelassen. 6405

Dr. med. S. Juliusburger
prakt. Arzt
Höhenstraße 85, I. Telefon: Stephan 30198.
Sprechstunden: 12-1, 6-7 Uhr.
Höhensonne. Lichtbehandlung.

Wunderöl Baden
KUR u. BADEANSTALT
russ. inisch. röm. VOLLDAMPFBADER
DAMPFKASTEN elektr. medic. u. WANNENBADER
WIRKT P.B. Krankenkassen.
Annahme sämtlicher Krankenkassen.
WIRKT P.B. Krankenkassen.
WIRKT P.B. Krankenkassen.

Tierklinik u. Pension
Neue Antonienstr. 6-14, Ecke Nikolai-Stadtgraben
Hunde-Bade- und Scher-Anstalt
Sprechstunden werktäglich von 11-12 Uhr.
Privatwohnung Höhenstraße 15, Fernspr. St. 32991.
werktäglich von 2 1/2-4 Uhr.

Dr. Loewenthal, Tierarzt.

Ferch:
Die Flucht vor dem Kinde!
Eine wichtige Schrift
Preis nur 10 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung

Stadttheater
Mittwoch 8 Uhr: Abonnement-Vorstellung Serie B 6
„Ein Maskenball“
Donnerstag 8 Uhr: „Zur und Zimmermann“
Mittwoch 8 Uhr: Abonnement-Vorstellung Serie C 6
„Der liegende Söldner“

Liebig-Theater
Telefon: Stephan 24046.
Täglich 8 Uhr: 1000
Der Sensationserfolg
„Du Ponts“
und das Lustige Variété-Programm.
Eintrittspreise v. 50 Pf. an.
Jeden Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr Familien- u. Kinder-Vorstellung.
Das volle Programm zu ermäßigten Preisen.

Circus Busch
Gebäude, Luisenplatz
Ab Sonnabend, d. 13. November
abends 8 Uhr
Jed. Sonntag, nachm. 3 Uhr halbe Preise!
Bismarck - Wilhelm II.
Die deutsche Tragödie
Große historische Manège-Revue
in 11 Bildern auf Grund der eröffneten Geheimen Staatsarchive gestaltet von
Professor Dr. Herbert Hirschberg
Spielleitung: Der Autor
Bismarck: Henry Pless
Wilhelm II.: Hans Harnior
Großherzogin Luise: Ikonja Koogk
Kleine Preise: 50 Pf. bis 3.00 Mk.

Alle die, welche an Rheuma, Gicht, Ischias, Hexenschuß, Rücken-schmerzen und Nervosität leiden, müssen besonders auf gereinigten Stoffwechsel achten.

STURKAMP-SALZ

Originalgläser M. 3.- u. 2.- in allen Apotheken u. Drogerien
Generalvertretung: Prill & Brunner, Breslau
Mauritiusstraße 22, Fernsprecher Ring 8314

Schaupielhaus.
Operettenbühne. 10207
Tel. Stephan 36 300.
Täglich 8 Uhr:
Der außergewöhnliche Operettenerfolg!

„Lady Hamilton“
Sonnabend 8 Uhr:
Zum 1. Male!
„Die Diebs-Deinzeffin“
Müßt von Emmerich Kalman.
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Die leichte Stoppel“
Sonntag und täglich 8 Uhr:
„Die Diebs-Deinzeffin“

Lobe-Theater
Tel. Ring 6774
Mittwoch, Donnerstag
Freitag, abends 8 Uhr:
Letzte Wiederholungen
„Paulus unter den Juden“
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Wiederaufführung!
Die Phantasmagorie d. Liebe
Lustspiel von St. Z. G. G. G.

Thalia-Theater
Tel. Ring 6700
Mittwoch, Donnerstag
Freitag, abends 8 Uhr:
Letzte Wiederholungen
„Das Konger!“
Lustspiel v. Herrn. Fabr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male
„Der Feldherrnhügel“
Schauspiel von Ado. Ado. und Carl Höpfer.

Teilzahlung gestattet!
Sprechapparat
Schallplatten
Mandolinen
Ziehharmonikas
Lauten - Violinen.
Alle Reparaturen und Ersatzteile billigst.
Müde, Waldenstraße 7.

Druck und Kommod!

„In mein Einleitungs-Promis-Druckerei“
WOHLWERT
öffnet Kommod 8.15. Nov.
von 3 Uhr
in der
Rauhen-Str. 28-21
Ihre neuen Stoffe
die finden dort sich auch
auswärtig und sind
Anzahl ins kgl. Land
2 Preislagen
25 % und 50 %!

50

Besondere Kennzeichen:
1. Amerikanische Art der Schnellbedienung-Hier Geld-Hier Ware!
2. Gute Ware für wenig Geld!-Keine Gelegenheitskäufe!
3. Nur 2 Preislagen-diese aber richtig!
4. Zwanglose Besichtigung-zwangloses Aus-suchen!

»DIE WOHLWERT

Morgen
Donnerstag:
Extra-Angebot
5000 Meter
Wäsche-Stickereien
Restbestände einzelner Serien, nur gute und beste Qualitäten:
Serie I: 15 Pf. Meter
Serie II: 25 Pf. Meter
Kleiner Posten
Unterrockstickerei
14823 durchweg Meter 45 Pf.

Messing
G.m.b.H.
Schmiedebrücke
Waldschmidt

Der Händler
muß beste Ware billigst einkaufen!
Gutes Barchent-Mannshemd Mk. 2.25
Barchent-Bettlaken Mk. 1.40
Prima reine Strickwolle kg Mk. 0.80
und alle Winterwaren sehr vorteilhaft bei
Berthold Rosenfeld
Nikolaistr. 76/79, gegenüber der Elisabethkirche.

Arbeitsmarkt
Erfahrener Meister
sowie zwei Vorarbeiter
werden zur Leitung eines Granitsteinbruchs bei guten Bedingungen per bald gesucht.
Bewerbungen erbeten unter B. E. 5196 an Rudolf Mosse, Breslau. 6402

Nur noch 6 Tage
gegenüber Jahrhunderthalle
Fernruf: Ohle 8282
Circus Wilhelm
HAGENBECK
Tägl. 8 Uhr
Heute 2x 3 1/2 und 8 Uhr
Hierschau täglich ab 10 Uhr vorm.
Vorverkauf Barasch und Circuskassen.

Der moderne
Wintermantel 21.-
in den modernsten Formen und nur haltbaren Qualitäten
32.-, 29.-, 26.-
bis zu den besten Fabrikaten
Herrn-Kleiderfabrik Albrechtstr. 41
7151 (Kein Laden.)

Martini-Hörnchen
6209 in bekannter Güte
Stollenteig: Stück 50 Pf., 75 Pf., 1.- bis 4.-
Splitterteig mit Marzipanfüllung von 60 Pf. bis 4.-
Albrecht-Str. 19 C. A. Kühn Moritz-Str. 55

Warnung!
Jeden der über mich un-wahre Gerüchte verbreitet, daß ich dem Stahlhelm angehö-re, werde ich wegen Geschäfts-schädigung strafrechtlich ver-folgen. 14325

Richard Groß
Gestirnt
Welfenstr. 35.

Neueste Winterhüte
für Damen
a Filz, Velour, Samt
billigst! 1064
Empfehlung und Garantie
Nur direkt in der
Filzwarenfabrik
Friedr. & Krebs
Karlsstr. 30

Strampfbergelwurz,
Bunden all. Ver. Hämorrhoiden, Hautleiden
heilt sicher und schnell
Heil- u. Kühlalbe
Hautleiden, Hämorrhoiden
Hygiea-Apothek, Breslau
Lautenstraße Nr. 91
Ede Grünstraße.

Berücksichtigt
unsere Inserenten!

Pfänder-Auktion
den 13. November
Mariannenstraße 6.

Wohnungen
Einfach 510
möbl. Zimmer
von jungem Mann im Post-dienst gesucht. Offerten mit Preisangabe unter St. 382 an die Geschäftsstelle b. Zig

Möbliert. Zimmer
zweifach, wohn. an 1 oder 2 Herren, mit od. ohne Pension zum 1. 12. zu vermieten.
Schmidt 609
Gartenstraße 17.

Rantangebote

Zutterreste
Zute & Watte
kauft laufend zu höchsten Preisen 14106

Herbert Scholz
Weißberggasse 43.
Gehr. Haushalt-Maschine
auch Grollich, Herrstr. 24.

Berläufe
Gelegenheitskauf!
Einige immangarn. Engländer, pa. Lend., da gerab., 35 Mk., verkauft Bitterstr. 14, 11.

Kleine Anzeigen
stad. komplett gesetzte elap. Anzeig. v. Verkaufer, Kaufge-suchen u. a. nur von Privaten.
Wort 3 Fig., lett. 4 Pfennige.
Ezgl. Bettelle, Beschäft. mit Spiegel zu ver-kaufen
Wierumstraße 18
bei Beyer. 608

Pfänder-Auktion
den 16. November
E. Golde,
Friedr.-Wilhelm-Str. 61, I.

Latzhosen
schwarz u. gestr. engl. Leder
2 u. 3 draht.
Manchester
schwarz. Samt
eigen Anfertigung
Oskar Dehmel
Neumarkt 45. 14614

Er bleibt gesund trotz Sturm und Regen, denn er versteht die Kunst, die Schutz zu pflegen.

Urbilin
ist nicht nur schnell und gut, sondern schützt die Schale auch gegen Feuchtigkeit!

Vertreter: Curt Luda, Breslau, Taubentzenstraße 149.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 10. November.

Unsere Revolutionsfeier.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses drängten sich die Massen; Kopf an Kopf standen und lächelten sie, um der Revolutionsfeier beizuwohnen. Mit zahllosen roten Fahnen war der Saal geschmückt.

Die Feier wurde eingeleitet durch den Vortrag eines Revolutionsgedichtes durch ein Mitglied der Arbeiterjugend. Der Sprechersang das Kampflied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“.

Die österreichische Revolution entsprang mehr als die anderen drei Wurzeln, einer nationalen, einer demokratischen und einer proletarischen.

An den Ausbruch der deutschen Revolution knüpfte der Redner persönliche Erinnerungen aus jener Zeit. Er schilderte im Felde zum Soldatenrat gewählt.

Auch die Spartakisten trugen ihr Teil Schuld an Mißtrauen, denn obgleich sie sich auf die Wirklichkeitspolitik eines Lenin beriefen, betrieben sie selbst einen ungläublichen Revolutionsbilletantismus.

Die demokratische Republik sei insofern ein Fortschritt, als die Klassenkampf unterdrückt auftreten läßt. Die Erkenntnis davon weist das Klassenbewußtsein der Arbeitererschaft.

Die demokratische Republik sei insofern ein Fortschritt, als die Klassenkampf unterdrückt auftreten läßt. Die Erkenntnis davon weist das Klassenbewußtsein der Arbeitererschaft.

In einer weiteren Sprecheraufführung von Szenen aus Tolstois „Masse Mensch“ lehrten dieselben Probleme noch einmal in dichterischer Form wieder, die die Rede berührt hatte.

Der Arbeiter-Wohlfahrtsausschuß Breslau.

Der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt in Berlin veranstaltet eine große Warenlotterie, die für das gesamte Deutsche Reich genehmigt ist.

Aus dem Konsumgenossenschaftswesen.

Aus Genossenschaftskreisen schreibt man uns: In der „Schlesischen Zeitung“ vom 30. Oktober lesen wir unter obigem Titel den Bericht über die Halbjahresgeneralversammlung des Breslauer Konsum-Vereins.

Das Wesen einer Konsumgenossenschaft ist zunächst ein gemeinnütziges. Wenn aber das Statut des B. C. V. Funktionen für die Direktion und den Verwaltungsrat in Höhe von 1/2 Prozent des Umsatzes auswirkt.

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Donnerstag, d. 11. u. Freitag, d. 12. November, 4. 6¹⁵ u. 8³⁰ Uhr.

Der letzte Mann!

Beiprogramm: Am helm ihm * Wf-Wochenchau. Erwerblose nur 4 Uhr je 25 Pf. - Sonst Einheitsplatz 50 Pf.

Der letzte Mann!

schafflich und unseres Wissens in keiner Konsumgenossenschaft üblich. Schon hieran erkennt man die rein privatkapitalistischen Manieren des Breslauer Konsum-Vereins.

Der Breslauer Konsum-Verein gibt seine Umkreisvergrößerung mit 20 Prozent an und sagt weiter, daß die Mitgliederzahl in demselben Umfange gestiegen ist.

Der Breslauer Konsum-Verein berichtet weiter über die Umstellung seiner Bäckerei. Wie oft im Dunkeln Geipenster gesehen werden, so sieht der Breslauer Konsum-Verein die Bäckerei.

Der Breslauer Konsum-Verein berichtet weiter über die Umstellung seiner Bäckerei. Wie oft im Dunkeln Geipenster gesehen werden, so sieht der Breslauer Konsum-Verein die Bäckerei.

Wir können nach dem bisher Gesagten der gesamten Verbraucherenschaft nur empfehlen: Ihr gehört in eine Konsumgenossenschaft, die mit Euch und für Euch arbeitet.

Behauptung schwerhöriger und erkrankter Kinder. Alle Eltern, deren Kinder schwerhörig oder erkrankt sind und Eltern schulpflichtig werden, werden aufgefordert, die Kinder in die städtische Schwerhörigenschule, Rosenstraße 4, anzumelden.

Der Arbeiter-Wohlfahrtsausschuß Breslau.

Das städtische Speisehaus in der Weißgerbergasse.

Wenige Schritte von der Neuhofstraße entfernt, liegt zur rechten Hand, in dem Grundstück Weißgerbergasse 2, das städtische Speisehaus I, eine Stiftung des verstorbenen Stadtrats Ludwig Landsberg, eröffnet im Jahre 1895.

Die beiden Speisehäuser haben schon vor der Gefahr einer Schließung gelitten. Der Besuch wurde immer schlechter, der Betrieb rentierte sich in keiner Weise.

Wir betrachten die Speisekarte: Gulasch oder Hackbraten 35 Pf., Fische mit Kartoffeln und Suppe 35 „.

Eine Kostprobe erbringt den Beweis, daß das Essen in der Tat kräftig und schmackhaft hergestellt ist, und die Besucher des Speisehauses sind ebenfalls zufrieden damit.

Ein großer Vorteil für Arbeiter und Angestellte, die über Mittag durcharbeiten müssen, liegt darin, daß Mittagessen von 12 bis 6 Uhr nachmittags abgegeben wird.

Was die Hygiene ist und wie sie auf den Menschen wirkt, das vermittelt der Film und Vortrag des Genossen Dr. Kleemann.

Was die Hygiene ist und wie sie auf den Menschen wirkt, das vermittelt der Film und Vortrag des Genossen Dr. Kleemann.

Advertisement for 'Der letzte Mann' film and 'Was die Hygiene ist' lecture. Includes price \$1568 and details about the film and lecture.

Martinshörchen und Martinigans.

Alljährlich um den 11. November baden auch die Breslauer Kinder und Konditoren die beliebten Martinshörchen in allen Größen und Preislagen, und die Gefäßgeschäfte werden mit feinsten Martinigansen auf. Ein Brot kann sich allerdings keine Martinigans leisten, die Martinshörchen sind ja ein Stück erfrischlicher. Beide sind auf allgermanische Gedächtnis zurückzuführen. Zunächst muß gesagt werden, daß der Martinstag ganz und gar im Volkstum wurzelt, also weder von den Protestanten noch von den Katholiken für sich beansprucht werden darf. Zwar behaupten die Protestanten, der Martinstag stelle dem Gebürtstag Martin Luthers, der am 10. November 1483 zu Eisleben geboren wurde, während katholischerseits „Martin“ als der Gedächtnistag des heiligen Martin von Tours, der um 400 nach Christi als Bischof lebte, angesehen wird. Martin von Tours war der erste heilige, dem in der römischen Kirche eine öffentliche Verehrung zuteil wurde. Auch war er, was für die damalige Zeit bei einem Bischof immerhin bedeutsam war, ein ausgesprochener Gegner der Todesstrafe, denn er protestierte aufs Schärfste gegen die Enthauptung des Priscillian, der wegen Sektierererei und Ketzeri hingeführt worden war. Der Gedächtnistag des heiligen Martin von Tours fiel auf den 11. November und wurde in der Folge zum Martinfest (Martini) erhoben, womit sich viele Gebräuche des allgermanischen, dem Wotan zu Ehren gehaltenen Herbstfestes verbanden.

Zu ihm gehören die Martinsfeuer, die heute noch in einzelnen Ortschaften und Landstrichen angewendet werden das Martinsmännen, eine Erinnerung an den leopoldinischen Wotan, und die Martinsmäule mit ihren Hauptbestandteilen: der Martinigans, dem Martinstrunk, wobei der neue Wein gepreßt wird, und dem Martinshorn.

Die immer mehr sich steigende Industrialisierung in allen Ländern hat diesen Martinstitten so ziemlich überall den Garaus gemacht. Aber die Martinshörchen und die Martinigans legen doch Zeugnis davon ab, wie so manche alte Volkstümlichkeit doch nie ganz ausstirbt. Allerdings muß man in Betracht ziehen, daß auch die Martinshörchen und Martinigans heute dem dreimal heiligen Trost dienen müssen.

Gewerkschaftshaus-Vorstellungen.

Donnerstag und Freitag, den 11. und 12. November, läuft im Gewerkschaftshaus der große Kino-Film: „Der letzte Mann“. Die Schlußszene eines Hotelportiers. Er, der vor der großen Hotelrezeption mit seinem goldbetreuten Mantel etwas vorstellt, was ist er, wenn er in sein Heim kommt, in sein Hinterhausmilieu mit den abgründig fahlen Hinterhaushöfen? Diese Rolle des Hotelportiers spielt der große Filmkünstler Emil Jannings, der zurzeit mit einem dreijährigen Vertrag in Amerika weilt, um dort für die „Paramount“ in weiteren Hauptrollen zu wirken. An der vor diesem Film laufenden Kino-Wochenchau sehen wir Emil Jannings bei der Ausreise nach Amerika.

Kinder und Jugendliche haben Zutritt.

Die Jugendlichen aller Sport- und Kulturverbände der Arbeiterbewegung haben nur 25 Pfennig zu zahlen, wenn sie ihre Jugend-Mitgliedsausweise vorzeigen können. Bei den Jugendlichen keinen Sammelbesuch an die Kasse bringen, sondern jeder muß seinen Ausweis vorzeigen können. Alle Kindergruppen können weiter gelassen antommen und zahlen gar nur 20 Pfennig. Man beachte bitte das heutige Inserat.

Vom fremden Zeit.

Die religiösen Vorträge in dem Jugendzelt, das im August dieses Jahres auf dem Schloßplatz aufgeschlagen war, waren die Veranlassung zu Straßenschlägen, die in großer Zahl an Breslauer Bürger verhandelt wurden. In einem der ersten Tage war eine Störung vorgekommen, weshalb die Veranstaltung täglich durch ein großes Polizeilaufgebot geschützt wurde. In weitem Umkreise wurde der Platz abgesperrt, und wenn sich jemand hereinließ, wurde er verhaftet. Ein recht typischer Fall wurde jetzt vor dem Einzelrichter verhandelt. Am 4. August, gegen 9 Uhr, ging der Fassmonteur Köhler mit zwei Freunden über den Schloßplatz, als die Polizei den Platz säuberte. Köhler mit seinen Freunden gingen auch weiter, was aber nicht so schnell ging, da vor ihnen eine größere Menschenmenge war. Der eine Freund des Köhler wurde von einem Polizeibeamten gefaßt und ihm zugerufen, er solle machen, daß er verschwinde, sonst gäbe es was von oben unter. Köhler aber bekam einen polizeilichen Strafbefehl über 50 Mark, weil er den Anweisungen der Polizei nicht Folge geleistet habe. Hiergegen hatte er Einspruch erhoben. Vor dem Einzelrichter wies er darauf hin, daß er sich keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht habe. Er wolle weder die religiösen Vorträge hören, noch wollte er sich der Aufforderung der Polizei widersetzen. Der Richter gab ihm den Rat, solche Stellen, wo es zu Zusammenrottungen komme, zu vermeiden; denn es gäbe gewisse Leute, die dazu angezettelt seien und bezahlt würden, Kadaver zu verfrachten, und wenn sie dann von der Polizei gefaßt werden, ganz harmlos tun. Von diesen Vorkäufen sei der Angeklagte wohl feiner und deshalb wurde die Strafe auf 5 Mark festgesetzt. Die Straftat des Angeklagten besteht darin, daß er ohne weiteres den Platz hätte räumen müssen.

Ueber Arbeiterschaft und Judentum

Am Montag, den 15. November, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses Herr Professor Baumgarten-Viel.

Die antisemitische Welle der Gegenwart ist das künstliche Erzeugnis von Menschen und Personenvereinigungen, die die ungünstigen Wirkungen des Krieges von den Hauptschuldigen abzulenken seit Jahren sich bemühen.

Die Arbeitnehmerschaft hat keine Ursache, sich einseitig im Kampfe oder Religionskämpfe verwickeln zu lassen, weil ihrem Streben um die Verbesserung der Lebenshaltung die kapitalistische Wirtschaftsweise im Wege steht. Dem Kapitalismus nur gilt der Kampf der Arbeitnehmerschaft ganz gleich, ob dieser von Christen oder Juden vertreten wird. Für die Arbeitnehmer dürfte es daher von Interesse sein, was Herr Dr. Baumgarten zu obigem Thema ausführen wird. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei.

Der Raubüberfall auf der Grünstraße.

Am Abend des 3. Juli wurde einem Arbeiter, aus Trebnitz von drei jungen Burschen die Brieftasche mit 20 Zloty geraubt. Dem Verurteilten hatten sich die drei jungen Leute angeschlossen und sich mit ihm in einen Hausflur auf der Grünstraße begeben. Hier wurde ihm nach der Vornahme unflätlicher Handlungen die Brieftasche geraubt. Als Täter wurden der 24jährige Kessende Stanislaus Kusiel, der 22jährige Handlungslehrling Georg Philipp und der 22jährige Arbeiter Herbert Böhler festgenommen. Die drei Genannten, die schon recht erheblich vorbestraft sind, werden jetzt vor dem Großen erweiterten Schöffengericht, um sich wegen gemeinlichlicher Raubes zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Unter der großen Anzahl Zeugen befanden sich zwei, die aus der Unternehmungshaft vorbestraft wurden, da sie wegen einer ähnlichen Straftat verurteilt wurden. Durch die Verhandlung wurde nur ein Diebstahl, bezogen von Philipp und Böhler, für erwiesen erachtet und diese zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Kusiel wurde freigesprochen. Er hat aber, ebenso wie die übrigen Genannten, in einer anderen Sache in Haft.

* Silberhochzeit feiert heute der Genosse Karl Robert Polze, 20 Jahre in der Familie. Wir gratulieren herzlich.

* Eine Wartecke einrichten. In der Nacht zum 7. November ist erneut die Wartecke der elektrischen Straßenbahn auf der Kaiser-Wilhelm-Straße — gegenüber dem Friedberg —

Letzte Wetternachrichten.

Table with columns: Datum, Temperatur (heute, Max., Min.), Wind, Niederschlag, etc. for various locations like Krietzern, Schneetonne, Grünberg, etc.

Amthlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietzern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.) Die Sturmzyklone 58 D, die gestern noch über dem Kanal lag, ist am Dienstag bis zum Kattegat fortgeschritten, im weiten Umkreise stürmischen Südwest hervortretend. In Schlesien kam es vor dieser Störung zur Ausbildung eines intensiven Höhnradiums, so daß die Temperaturen erneut außergewöhnlich hohe Werte erreichten. Da wir zunächst im Bereiche maritimer Luftmassen verbleiben, so ist mit dem Fortbestand des etwas wechselhaften kühleren Wetters zu rechnen. Aussichten für das schlesische Flachland: Südwestwind, wolkig, teilweise aufhellendes Wetter, vereinzelte Schauer, etwas kühler, später erneut Niedererschläge. Aussichten für die schlesischen Mittelgebirge: früher Südwest, wolkig, einzelne Schauer, etwas kühler. Aussichten für die schlesischen Hochgebirge: stürmischer, jedoch abnehmender Südwest, wolkig, vereinzelte Schauer, Abkühlung bis zu leichtem Frost.

durch Einschlagen eines Fensters erbrochen und sind Zigaretten der gangbarsten Markenorten im Betrage von 45 Mark gestohlen worden. Da in letzter Zeit eine größere Anzahl dieser Diebstahle in heftiger Stadt in der gleichen Weise erbrochen und bestohlen worden sind, ist anzunehmen, daß in allen Hölzen wohl ein und dieselben Täter in Frage kommen dürften. Sachdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 57.

* Ein jäherer Betriebsunfall ereignete sich auf dem Hauptbahnhof. Auf der Abstellgruppe trat ein Schaffner aus Charlottenburg, der einen Zug nach Breslau begleitet hatte, beim Abbiegen vom Zuge in ein Nebengleis, auf dem unbekannt ein anderer Zug daher kam. Dieser rief den jungen Mann um und fuhr ihm beide Beine ab. In hoffnungslosem Zustande schaffte man den Bedauernswerten ins Krankenhaus. An seinem Aufkommen wird gewweifelt.

* Töblicher Verkehrsfall. Der 80 Jahre alte frühere Maschinenmeister Eduard Hanko, wohnhaft Reichstraße 26, wurde am Montag, nachmittags 1.20 Uhr, auf der Gartenstraße zwischen der Leichstraße und Neuen Taschenstraße, als er den Fahrradum überqueren wollte, von einer Kleintraffordrochle überfahren. Der Kraftfahrzeugführer brachte den Schwerverletzten in seinem Wagen nach dem Wenzel-Hande-Krankenhaus. Der Arzt stellte fest, daß der Verunglückte einen Schädelbruch und einen Halsvenenbruch erlitten hatte und daß ihm sämtliche Rippen auf der rechten Seite gebrochen waren. Der Kreis ist nach im Laufe des Nachmittags seinen Verletzungen erlegen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt; nach Angaben von Zeugen soll der Verunglückte in das Auto hineingelaufen sein.

* Wer ist die tote? Immer noch nicht identifiziert ist die am 9. Juli 1926 in Klein-Wasselsdorf, Kreis Breslau, aus der Oder gelandete weißliche Leiche. Die Verstorbene ist etwa 20 bis 25 Jahre alt, 1.60 Meter groß, von kräftiger Gestalt, hat langes, dunkelbraunes Haar, volles, gebauchtes Gesicht, hohe Stirn, vollständig Zähne und gepflegte Hände. Bekleidet war sie mit laffebrauner Bluse mit vorn angelegter Knopfleiste, weißem Hemd mit durchbrochenem Spitzenkragen, graugrünem Unterrock, braunen Hosen, einem gelblich und einem schwarzen Strumpfband und gelbbraunen Spangenschuhen mit durchgelassenen Sohlen. Wer über die Persönlichkeit der Toten Angaben machen kann, wird ersucht, dies schriftlich oder mündlich bei der Kriminalpolizei hier, Schuhbrücke 46, Zimmer 10/11, zu tun.

* Vermißt wird seit 2. November der Monteur Eduard Köhler, hier, Reichstraße 13 wohnhaft gewesen. Er ist 1,75 Meter groß, unterliegt, hat graumeliertes Haar, Schnurbart, brünettes, längliches Gesicht, blaue Augen, dunkelbraune Augenbrauen, vollständige Zähne und auf dem Rücken mehrere Operationsnarben. Bekleidet war er mit einer grauen mit grün besetzten Straßenbahnmütze, dunklem Jackett und Hoje, blauweißem Hemd, grauer Barthaarunterhose, Socken und schwarzen Schuhen. Nachrichten über den Verbleib erbittet die Kriminalpolizei, Schuhbrücke 46, Zimmer 10/11.

* Gestohlen wurden in der Nacht zum 7. November aus einem Zigarrenschank in der Friedrich-Wilhelm-Straße 2 Mille Zigaretten, Marke „Bomona“, 2 Mille „Maraki Dandy“, 1 Mille „Rosa-Rapier“, 1 Mille „Arde“, „Gelbe Sorte“ und „Halpaus-Morca“, sowie 4 Kisten à 100 Stück Zigaretten und 5 Flaschen Likör, durch Einbruch. Sachdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 58.

Arbeiter-Sport

Breslauer Sportklub „Verein“, c. B. 1918. Der Verein veranstaltet am Sonntag, den 11. November, im „Rugarten“, Franzfurter Straße 209, für seine Mitglieder ein Herbstvergnügen, wozu er alle Sportbegeisterten, Freunde und Gönner des Vereins herzlich einladet. Eine gesonderte Tabelle sowie das Programm sind zu beziehen bei den Mitgliedern. Die Uebungsstunden im Ringen, Keren, Heben und weite Diensing und Freitag von 8-10 Uhr Turnhalle, Krietzernstraße. Arbeiter-Sportklub. Die Bezirksleiter der A-Klasse ist am 17. November zu Ende. Es kämpfen noch am Sonntag, den 18. November, 3 Uhr nachmittags, in der Turnhalle Bergmannstraße folgende Vereine: Eisenbahn-Bekleidet und S.C. Siedler-Sportverein 1897. Der letzte Kampf der A-Klasse Hellenstein-Sportklub findet am Sonntag, den 17. November, nachmittags, im „Rugarten“, Franzfurter Straße, statt. Sämtliche Vereine des Bezirks, die nicht in der A-Klasse geteilt sind, haben zu den Bezirkskämpfen der B-Klasse eine Mannschaft im Heben oder Ringen zu stellen, welche bis zum 14. November dem Sportklub des Bezirks zu übergeben ist. Sämtliche Mannschaften sind bis zum 14. November dem Bezirksleiter zu übergeben. Am Sonntag, den 14. November, findet bei Wörner, Grünbergstraße 141, das Wintervergnügen des Bezirks statt. Das am Freitag, den 17. November, 3 Uhr nachmittags, das 4. Spiel in der Turnhalle Bergmannstraße am Sauerbrunn angeschlossen. Vorführungen aus allen Beständen der Sammelblätter und Zettel sollen einen Auszug aus der Winterarbeit in der Halle bieten.

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 36. Telefon: 5852. Abtina, Genossinnen! Am Freitag, den 19. d. Mts., abends 8 Uhr, beginnt Gewerkschaftshaus, Zimmer 13, ein für vier Abende an 2 Stunden gefannter Kursus: „Aus der Geschichte der Frauenbefreiung“. Leiterin Genossin Clara 311. Einmalige Vorlesungen von interessierten Genossinnen nimmt das Parteisekretariat, Zimmer 37, des Gewerkschaftshauses mündlich oder schriftlich entgegen. Die Teilnahmegebühr beträgt 50 Pfg., Erwerbslose sind von der Zahlung befreit. Distrikt 8. Heute, Mittwoch, den 10. November, Distriktversammlung bei Wulf, Glogauer Straße. Genosse Niepa spricht in einem Lichtbildvortrag über „Das proletarische Kind“. Weiter Schluß wird erwartet. Distrikt 16. Alle Arbeiter, die nicht in der Distriktversammlung waren, holen sich bis spätestens Sonnabend, den 13. November, Material beim Distriktsführer ab. Abtina, Frauenleiterinnen! Unsere Sitzung findet Donnerstag, den 11. November, abends 8 Uhr, im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses statt. Wichtige Tagesordnung. Vortrag von Genossen Brandmann: Einführung in das Parteiprogramm. Jungsozialisten. Heute abend 8 Uhr: Kapital-Arbeitsgemeinschaft. Freigewerkschaftliches Jugendblatt. Donnerstag besuchen wir alle einen Frageabend, den Kollege Zyke leitet. Fragen sind bis spätestens Mittwoch im Zimmer abzugeben. Alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Lehrlinge halten sich diesen Abend bestimmt frei. Sozialistische Arbeiter-Jugend. Engerer Vorstand. Punkt 8 Uhr Sitzung im Zimmer 70. Chor. Donnerstag, 8 Uhr, Probe im Heiligen-Geist-Gemeinschaftshaus. Beim 16. Heute abend um 8 1/2 Uhr in der Waterloostraße Probe der Volkstanzgruppe. Beim fällt aus. Freitag ist wieder Heim. Materialjugend. Mittwoch, den 10. November, 8 1/2 Uhr, Volkstheater.

Geht eure Anzeigen der Volkswacht

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, 8 Uhr, gelangt als letzte Abonnements-Vorstellung der Serie B Verdis Oper „Cotillon“ in der Neuinszenierung von Dr. Graf unter musikalischer Leitung von Kapellmeister Kreis zur Aufführung. Morgen, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, 3. und 4. Vorstellung der Oper „Cotillon“. Der Vorverkauf für die Erstaufführung von Wagner „Parsifal“ am Samstag, den 17. November, 8 Uhr, sowie für die erste Wiederholung des Werkes am Sonntag, den 21. November, 8 Uhr, beginnt heute an der Theaterkasse und bei Barack. Desgleichen für den am Sonntag, den 14. November, nachmittags 1 1/2 Uhr, stattfindenden Vortrag von Geheimrat Prof. Dr. W. Goltzer (Universität Rostock) über „Wagner und seine „Parsifal“ mit musikalischen Erläuterungen. Besucher der ersten oder zweiten Vorstellung von „Parsifal“ erhalten auf die im Vortrag geltenden freien Preise (Gruppe 1) eine Ermäßigung von 50 Prozent. Für die am 15. November, 8 Uhr, stattfindende öffentliche Generalprobe von „Parsifal“ steht nur eine geringe Anzahl von Plätzen, hauptsächlich in den oberen Rängen an der Theaterkasse zur Verfügung, deren Verkauf ebenfalls heute beginnt (Preisgruppe 2). Moskauer Theatergesellschaft. Es ist gelungen, das Moskauer Künstlerische Theater Sabina zu einem fünfjährigen Gastspiel für das Breslauer Stadttheater zu gewinnen. Zunächst werden die für Sonnabend angelegte Uraufführung von „Bianca Capriccio“ der Liebe auf Donnerstag, den 18. November, verlagert. Das Moskauer Künstler-Theater spielt Sonnabend, den 18. Sonntag, den 19. und Mittwoch, den 21. November, das Drama „Dobry“ von Anski, ferner Montag, den 15. und Dienstag, den 16. November, „Lob des Traums“ von Beer-Solmann. Vorverkauf für dieses Gastspiel beginnt Donnerstag, den 11. November, bei Barack und an der Theaterkasse. Stadttheater. Merics Paulus unter den Juden wird heute, morgen und Freitag letztmalig aufgeführt. Thalia-Theater. Mittwoch, Donnerstag, Freitag letzte Wiederholungen des Lustspiels „Das Konzert“ von Hermann Bahr in der Besetzung der Erstaufführung. Sonnabend Erstaufführung der Lustspielkomödie von Hode Hode und Köhler: „Der Feldherrn Hage“. In dieser Vorstellung tritt Intendant Paul Barnau zum ersten Male in dieser Spielzeit in der Hauptrolle des Kurfürsten im Thalia-Theater auf. Der Vorverkauf hat begonnen. Schauspielhaus. Heute, Mittwoch, bis einschließlich Freitag finden die letzten Abendvorstellungen der von so großem Erfolg begleiteten Operette „Lada Samillon“ von Eduard Künne statt. Sonnabend geht zum ersten Male Emmerich Kaimann neue Operette „Die Zirkusprinzessin“, die bisher in Deutschland nur in Hamburg zur Aufführung gelangt ist und in Wien 250 Aufführungen in einer Folge erlebte, in Szene. Lieblich-Theater. Die amerikanischen Komiker „Du Mont“ und das lustige November-Programm erweisen allabendlich köstlichen Beifall. — Es gelten die bekannt billigen Eintrittspreise von 50 Pfg. an. Der Zirkus Bulch veranstaltet ab Sonnabend, den 13. November, ein Gastspiel in Breslau durch die Uraufführung des vieraktigen Bismard-Dramas „Die deutsche Tragödie“ von Herbert Gröber, unter Spielleitung des Autors. Bismard wird von Herrn Weh vertreten, während Wilhelm II. Hans Harnier darstellt. Wir können uns im voraus kein Urteil erlauben und müssen das Stück erst selbst sehen, bevor wir unseren Lesern mehr davon sagen. Zirkus Hagenbed. Nur noch sechs Tage bleibt der Zirkus Wilhelm Hagenbed in seinem geheizten Holz-Zirkusbau gegenüber der Jahrhunderthalle. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag finden zwei Vorstellungen, nachmittags 3 1/2 und abends 8 Uhr, täglich ab 10 Uhr nachmittags Tiergärt.

Table with columns: Getreide, Hülsenfrüchte, etc. listing prices for various agricultural products like wheat, barley, beans, etc.

Gewerkschaftsbewegung.

Neue Verhandlungsschwierigkeiten im englischen Kohlenstreit.

London, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Der plötzliche Stillstand der Verhandlungen, der am Montagabend eintrat, ist darauf zurückzuführen, daß die Bergarbeiter die mit den Verhandlungen betrauten Mitglieder des Generalkomitees bei Baldwin desavouiert haben. Während der Generalkomitee die Frage der Arbeitszeit der distriktweisen Regelung überlassen wollte, bestanden die Bergarbeitervertreter darauf, daß der bisher geltende Siebenstundentag einen der Punkte bilden müsse, der in sämtlichen Distriktsabkommen gleichmäßig zu regeln wäre. Da sich die Mitglieder der Bergarbeiter angesichts der bisherigen Beschlässe ihrer Delegiertenkonferenzen außerstande erklärten, irgendeine Regelung zu erörtern, die direkt oder indirekt eine Unterbrechung des Siebenstundentages zur Folge hätte, die Regierung jedoch von den Vertretern der Bergarbeiter völlige Verhandlungsfreiheit als Grundlage für die Fortsetzung der Besprechung forderte, wurden die Verhandlungen zeitweise unterbrochen. Die Mitglieder der Exekutive werden nunmehr an die am Mittwoch wieder zusammentretende Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter herantreten, um sich gegebenenfalls von ihr völlig freie Hand für die folgenden Besprechungen mit der Regierung gehen zu lassen.

Es kann nicht geleugnet werden, daß diese Entwicklung zu einer ersten Verzögerung zwischen Generalkomitee der Gewerkschaften und der Bergarbeiterexekutive geführt hat. Auf eine Frage, ob der Generalkomitee der Gewerkschaften nach der Meinung der Exekutive der Bergarbeiter seine Vollmachten in den Verhandlungen mit der Regierung überschritten hätte, antwortete Cook unmißverständlich, er könne nur soviel sagen, daß die Bergarbeiter den mit den Verhandlungen mit der Regierung betrauten Mitgliedern des Generalkomitees keinerlei Vollmacht erteilt hätten, die Exekutive der Bergarbeiter auf eine Zustimmung zu einer längeren Arbeitszeit festzulegen. Das Schicksal der weiteren Verhandlungen liegt nunmehr bei der Delegiertenkonferenz.

Wo bleibt der ausreichende Schutz für das Leben der Bergarbeiter?

Durch die Höchsterhebung im Ruhrbergbau kommt man sehr wahrscheinlich kaum noch dazu, die entstandenen Hohlräume in den Gruben genügend mit Bergeweis auszufüllen. Das bedeutet für die Bergarbeiter eine große Gefahr. Die offenen Räume brechen zusammen, wobei vielfach Bergarbeiter verflüchtigt bzw. verletzt werden. So hat die England-Konjunktur zu einem Raubbau in knapper Form getrieben. Er wird gekennzeichnet durch die steigende Anzahl von Unfällen im dritten Vierteljahr 1926. Wir geben darüber folgende Zusammenstellung:

Oberbergamtsbezirk Dortmund:		
1926	Gesamtunfälle	davon tödlich
1. Quartal	15 435	180
2. Quartal	16 115	210
3. Quartal	21 112	209
Oberbergamtsbezirk Bonn:		
1926	Gesamtunfälle	davon tödlich
1. Quartal	2 683	19
2. Quartal	2 267	36
3. Quartal	2 900	28
Zusammen:		
	Gesamtunfälle	davon tödlich
Dortmund	51 662	599
Bonn	7 850	83
	59 512	682

Die Unternehmerpresse hat vielfach den Bergarbeitern vorgeworfen, daß sie zu viel krank feiern. Wie unrecht diese Angriffe der Unternehmer sind, beweist wohl am besten die Unfallstatistik.

Die hergospolizistische Vorschrift verlangt, daß die durch die Kohlegewinnung entstandenen Hohlräume mit Bergeweis auszufüllen sind. Seit der England-Konjunktur wird gerade darin von den Zechenverwaltungen sehr viel gesündigt. Neben der steigenden Unfallgefahr muß darauf verwiesen werden, daß diese nicht ausgefüllten Hohlräume die Ansammlungen von Schlagwettern begünstigen. Es ist also im Interesse der Erbensicherheit zu fordern, daß auf einen guten Bergeweis gehalten wird. Es geht nicht an, daß die Werksbesitzer die Bergarbeiter zu einer fortwährend steigenden Kohlenförderung antreiben, ohne daß sie in der Lage sind, genügend Bergeweis in den Gruben zu schaffen. Es dürfte allerhöchste Zeit für die Bergbehörden sein, hier einmal eingzugreifen.

Wann kommt das Berufsausbildungsgezet?

Angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten in der Unterbringung der jugendlichen Arbeitskräfte gewinnen die Fragen der Berufsausbildung von Tag zu Tag erhöhte Bedeutung. Die Freien, Christlichen und Sozialdemokratischen Gewerkschaften haben sich daher zusammengetan und einen Gewerkschaftsausschuß für Berufsausbildung geschaffen. Dieser Ausschuß kann natürlich erst dann praktisch wirksam werden, wenn endlich einmal das Berufsausbildungsgezet verabschiedet worden ist. Sein Entwurf liegt zurzeit dem Kabinett vor. Sofort nach Erledigung der Erwerbslosenfrage sollte die Reichsregierung dafür sorgen, daß der Entwurf schleunigst an den Reichstag kommt.

Trotz vieler platonischer Versicherungen über die Bedeutung der Berufsausbildung scheint sie vom Reichsarbeitsministerium bisher als eine etwas nebensächliche Sache betrachtet worden zu sein; denn immer wieder wechselten im Ministerium die Referenten, die sich mit dieser Frage zu beschäftigen hatten. Daß dieser Wechsel für die Förderung der Berufsausbildungsfrage nicht von Vorteil war, liegt auf der Hand.

Bei der Beratung des Berufsausbildungsgezetes im Reichstag sollte endlich einmal auch eine bessere Regelung in der Unterbringung der Schulentlassenen nachgemacht werden. Berufsausbildung ohne planmäßige Ueberführung des Nachwuchses in die Berufe, die Aussicht haben, bleibt eine halbe Sache. Das Chaos auf dem Arbeitsmarkt der Jugendlichen muß verschwinden. Wie schlimm die Zustände sind, zeigt die geradezu groteske Tatsache, daß in Berlin, wo eine tiefe Not unter den kaufmännischen Angestellten herrscht, die Nachfrage nach kaufmännischen Lehrlingen größer ist, als die der handwerklichen Berufe zusammen.

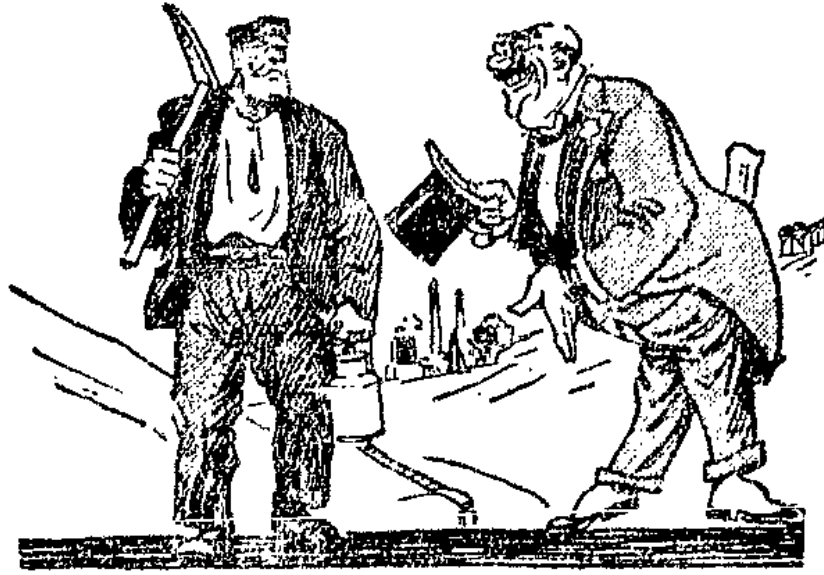
Die amtlichen Ziffern der Erhebung über die Erwerbslosenfürsorge

zu dem Stichtag vom 15. Oktober und für die Zeit vom 16. September bis 15. Oktober liegen jetzt vollständig vor. Sie bieten folgenden Bild: Hauptunterstützungsempfänger am 15. September 1 433 458, am 1. Oktober 1 384 105. Zugang vom 16. September bis zum 15. Oktober in die Erwerbslosenfürsorge: 301 851 männliche und 60 486 weibliche Arbeitslose; Abgang aus der Erwerbslosenfürsorge im gleichen Zeitraum: 411 428 männliche und 4306 weibliche Ausgesteuerte. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger am 15. Oktober betrug: 1 085 147 männliche, 254 047 weibliche, insgesamt 1 339 194 Unterstützungsempfänger, davon

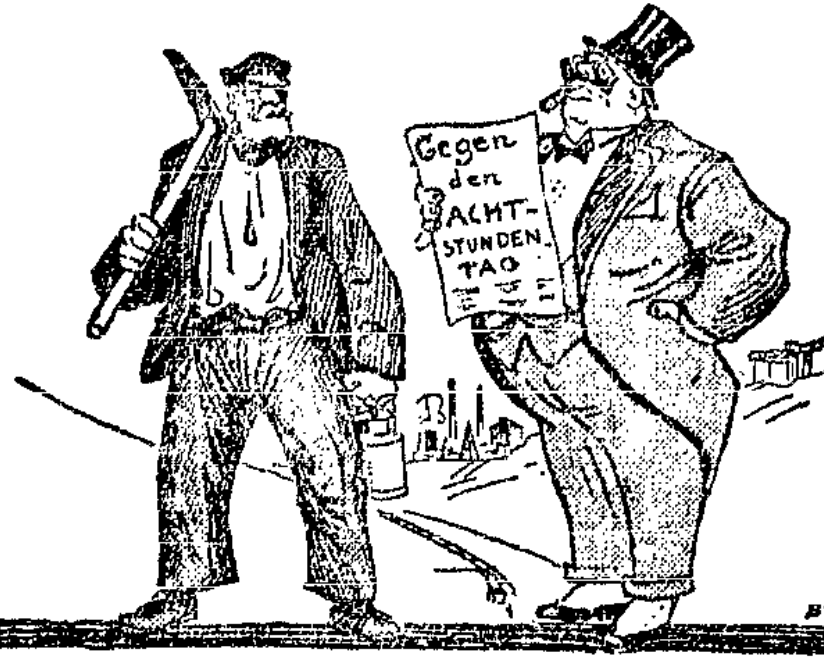
unter 18 Jahren 30 526. Die Zahl der Zuschlagsempfänger: 1 360 838; die Zahl der Hilfsarbeiter: 129 241, davon in Arbeiter mit verklärter Förderung 70 432; auf 100 Hauptunterstützte entfielen 9,7 Hilfsarbeiter.

Die Zahl der Erwerbslosen mit einer Unterstützungsbauer bis 18 Wochen betrug 423 381, bis 26 Wochen 377 787, bis 39 Wochen 345 883, bis 52 Wochen 189 193. Die Kosten der Unterstützung betragen im September 92 452 321 Reichsmark, davon entfielen auf Preußen 56,8 Millionen, Sachsen 10,5, Bayern 8,4 (davon auf die Pfalz 2,0), Baden 3,7, Württemberg 2,6, Hessen 2,9, Thüringen 2,0, Berlin 10,6, Rheinprovinz 18,0, Westfalen 8,3, Slesien-Schlesien 4,2.

Das Unternehmerrnanifest.



„Wollen wir nicht ein Stück Weges zusammengehen?“
„Wie lang wird das wohl sein?“



„Nun, mindestens 9—10 Stunden täglich!“

Wirtschaft.

Die andere Seite.

300 Millionen Pfund Sterling Produktionsverluste durch den Kohlenstreit.

London, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Unterhause teilte der Handelsminister mit, daß die Verluste der Produktion infolge des Bergarbeiterstreits und der dadurch bedingten verminderten Kaufkraft und erhöhten Arbeitslosigkeit auf 250 bis 300 Millionen Pfund zu schätzen seien. Die Verluste, die sonst entstanden seien, könnten nicht annähernd geschätzt werden.

Erste Ziehung der Auslosungsrechte für die Arbeiter von Reichsanleihen im Dezember.

Die Reichsschuldverwaltung wird, entsprechend dem Anleiheablosungsgezet Anfang Dezember mit der Ziehung der Auslosungsrechte der Arbeiter von Reichsanleihen beginnen. In Betragt kommen vorerst Auslosungsrechte mit der Nummer 1 bis 30 000. Die zweite Auslosung (Nr. 30 001 bis 60 000) wird im Oktober 1927 durchgeführt werden. Die Anleihegläubiger, deren Auslosungsrechte in der zweiten Ziehung ausgelost werden, erhalten eine Vergütung dafür, daß sie ihren Einzahlungsbetrag anstatt Ende Dezember 1926 erst in der zweiten Hälfte des Jahres ausgezahlt erhalten.

Die zugesprochenen Auslosungsrechte werden den Antragstellern durch die Vermittlungsstellen ausgehändigt, bei denen sie den Anleiheantrag eingereicht haben. Für die Anleiheablosungsschuld einschließlich des Auslosungsrechts (erste Ziehung) wird Mitte November die Kursnotierung an der Börse aufgenommen werden. Die Notierung für die Ablosungsschuld einschließlich der Auslosungsscheine, die an der zweiten Ziehung teilnehmen, wird voraussichtlich im Januar 1927 beginnen.

Gläubiger von Auslosungsrechten, die auf die Teilnahme der Auslosung verzichten wollen, um sich für später das Recht auf eine Vorzugsrente zu sichern, müssen diesen Verzicht sobald als möglich der Reichsschuldverwaltung mitteilen. Dem Verzicht ist der Auslosungsschein beizufügen.

Neue Systeme der Schuldneuschaffung.

Deutschlands Wirtschaft leidet an mannigfachen Wechselwirkungen ursächlicher Uebel. Produktion und Absatz sind seit Jahren schleppend, obwohl der Bedarf an Gebrauchsgütern groß ist. Die Kaufkraft der Verbraucher ist relativ schwach. Das Kapitalgeschäft geht teils schlecht, der Kapitalprofit aus Warenherstellung und -vertrieb soll reichlicher fließen. Aber wie ist das zu machen?

Ueber menschliche Leiden, denen schwer bezugbar ist, fallen Wunderdoktoren und Kurpfuscher her. Eine schismatische wirtschaftliche Kurpfuscherlei will sich neuerdings auch aus der Volksgenossen vermehrte Gewinne schlagen. Neue Systeme der Schuldneuschaffung sollen zum Behen des Kapitalprofits probiert werden. Möge der Himmel, sicherer aber die bessere Einsicht und der Wille zur wirtschaftlichen Freiheit die Verbraucher vor der „modernen“ Pumpwirtschaft und ihren verheerenden Folgen behüten! Fort mit den „Konsumtrabanten“, wie man das neue kapitalistische Vorgeschäft harmlos getauft hat! In der „Konsumgenossenschaftlichen Kundschau“ Nr. 45 vom 6. November dieses Jahres äußert sich Heinrich Kaufmann als erster neben anderen Genossenschaftlern über die neue Schuldneuschaffung unter anderem wie folgt:

„Durch Hergabe von Krediten an die Konsumenten soll der Wirtschaft ein neuer Auftrieb gegeben werden, dem Handel wird eine Steigerung des Absatzes und der Produktion eine Erhöhung der Nachfrage und somit erhöhte Produktionsmöglichkeit versprochen. Es ist aber nicht mehr das alte Abzahlungsgefäß und das einträumliche Borgsystem, um das es sich jetzt handelt — denn darüber sind die Aktien bekanntlich geschlossen —, es nein, es ist etwas ganz Fundamentales, direkt aus Amerika importiert, die alleinige Rettung des deutschen Volkes.“

Verbindlich erklärter Schiedsspruch in der ostpreussischen Landwirtschaft.

Die Lohnverhältnisse der Landarbeiter in Ostpreußen gehören zu den schlechtesten in ganz Deutschland. Ihre Verbesserung wird dem Deutschen Landarbeiter-Berband besonders schmerzlich gemacht, weil der Landwirtschaftsverband Ostpreußen hartnäckig jede Besserstellung der Landarbeiter ablehnt und die christliche Landarbeiterorganisation, der Zentralverband der Landarbeiter, die Unternehmer in ihrer Stellungnahme unterstützt. Der Zentralverband der Landarbeiter hat sich im Frühjahr dieses Jahres dem Landwirtschaftsverband gegenüber verpflichtet, seine Lohnverhältnisse während der Laufzeit des Tarifvertrages zu fordern.

Trotz aller Widerstände ist es dem Deutschen Landarbeiter-Berband gelungen, die Schlichtungsinstanzen von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Landarbeitern und insbesondere den jugendlichen Landarbeitern eine Lohnverhöhung zuzusprechen zu lassen. Der Spruch des Schlichtungsausschusses bringt den Freiarbeitern eine Lohnverhöhung von 1 Pf. den Sonntagen von 1—3 Pf. für die Arbeitsstunde. Dem Deutschen Landarbeiter-Berband genügt der Erfolg nicht. Angesichts der ganzen Schwierigkeiten stimmte er jedoch zu und beantragte die Verbindlichkeit. Die Unternehmer sehen alle Mienen springen, um die Verbindlichkeit zu hintertreiben.

Durch Schreiben vom 8. November 1926 gibt nunmehr der Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches bekannt. In der Begründung dazu wird unter anderem gesagt, daß die Verbindlichkeitsklärung den Interessen der Allgemeinheit entspricht, in besonderer aber für die Erhaltung der Arbeitsruhe und des Arbeitsfriedens unbedingt erforderlich war. Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches ist angesichts der großen Widerstände ein Erfolg für die Landarbeiter in Ostpreußen. Gleichzeitig ist die Verbindlichkeitsklärung aber auch ein klarer moralischer Erfolg für die freigewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter, den Deutschen Landarbeiter-Berband. Nicht nur in Ostpreußen, sondern auch im übrigen Deutschland werden die denkenden Landarbeiter aus dem Ergebnis des Tarifstreites in Ostpreußen die Lehre ziehen, daß ihre Interessen beim Deutschen Landarbeiter-Berband am besten vertreten werden.

Zigarettenfabrikant F. Würk will die tariflichen Löhne nicht zahlen.

Uns wird geschrieben: Weil vor dem Krieg in der Zigarettenherstellung kein Reichstaxiertrag zum Abschluß gebracht werden konnte, weil die Arbeiter in der Zigarettenindustrie schlecht organisiert waren, wurden in Schleien die niedrigsten Löhne bezahlt. Nach diesen „herrlichen“ Zeiten sehen sich einige Zigarettenfabrikanten zurück. Der Zigarettenfabrikant F. Würk, Gellhornstraße 43, erklärt, daß er die „hohen“ Löhne nicht zahlen könne. Einige Kollegen erinnern sich noch, daß er als Zigarettenmacher in Namisch recht viel verdienen wollte, und immer auf die Zigarettenfabrikanten geschimpft hat. Das aber Herr Würk immer noch ganz gut verdienen muß, zeigen seine Fabrikate, die trotz der niedrigen Löhne teilweise noch höher im Kreise stehen, als bei denjenigen Zigarettenherstellern, welche die tariflichen Löhne zahlen und trotzdem ein rauchbares Fabrikat liefern. Betarbellet doch Herr Würk als Einziger in die Zigaretten nicht wie jeder reelle Zigarettenfabrikant Tabak, sondern zum größten Teil geschnittene Rippen. Jedem Raucher, welcher eine Zigarette im Zigarettengehalt, Gellhornstraße 43, oder von seinen Abnehmern raucht, ist zu raten, zuvor eine hohe Lebensversicherung in der Volksfürsorge abzuschließen.

Nicht mehr der Händler irgendeiner Branche soll auf Kredit aber gegen Abzahlung verkaufen. Zwischen den Händlern und den borgehenden Konsumenten schiebt sich eine besondere Kapitalgesellschaft. Diese genötigt dem Konsumenten den Kredit, übernimmt die Einziehung der Abzahlungsraten und garantiert dem Händler keine Forderung.

Das Kapital ist bekanntlich immer ebel, hilfreich und gut. Selbstverständlich werden solche Unternehmungen aus reiner Menschensiebe gegründet! Oder nicht?

Selbstverständlich nicht! Eine Kapitalgesellschaft schiebt sich als weitere überflüssige Zwischenhand zwischen Käufer und Verkäufer, um den Raub abzuschöpfen und an der heißen Not des Volkes eine gehaltvolle Profituppe zu kochen.

Diese überflüssige Zwischenhand verleiht dem Verbraucher die Ware um etwa 20 Prozent, die für Verwaltungskosten, Risiko und Profit der Gesellschaft draufgehen. Da das Einkommen des Verbrauchers eine ziemlich festumrissene Größe ist, so bedeutet der Warenbezug mit Hilfe einer solchen Konsumkreditgesellschaft eine tatsächliche Einschränkung des Konsums um 16 bis 17 Prozent, das heißt, die Händler werden um 16 bis 17 Prozent Waren weniger verkaufen, und die Fabrikanten werden um 16 bis 17 Prozent Waren weniger produzieren.

Und das nennt sich Hilfe für Handel und Industrie!

Der Verfasser dieser sehr beachtlichen Feststellungen und Ueberzeugungen erwähnt dann noch ein anderes Borgsystem einer Warenhausgesellschaft sowie ferner ein solches System ähnlichen Projekt für Berlin und bemerkt, unter Hinweis auf die Spekulation der wirtschaftlichen Kurpfuscherie auf die Beamten, daß hierbei die Regierung die Verpflichtung habe, auf den erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden und auf die große städtische Gefährdung durch die „Konsumkredite“ hinzuweisen. Die Konsumgenossenschaften ständen bekanntlich auf dem Standpunkt der Parzahlung. Zur Unterstüzung der Parzahlung errichteten sie Sparabteilungen. Die Mitglieder würden systematisch zu Sparen, das heißt zur Wirtschaftlichkeit erogen und ihre Unabhängigkeit als Konsumenten sichergestellt. Durch die Sparfähigkeit der Mitglieder der Konsumgenossenschaften habe die Konsumgenossenschaftsbewegung ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit wiedererlangt, und es händen ihr für alle vernünftigen genossenschaftlichen Zwecke reichlich Mittel zur Verfügung.

Das Schuldnotio sei ein Sclawennotio und Schuldenmachen ein Völler. Das möchten sich nicht nur die Konsumkreditleiter ins Stammbuch schreiben.

Alkohol-Diszende. Die Tucherische Brauerei gibt für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Ueberfluß von 686 629 Mark an. (Im Vorjahre 708 554.) Die Dividende beträgt 10 Prozent. Im Vorjahre wurden 12 Prozent gezahlt. Die Verteilung der Dividende erklärt sich dadurch, weil das vorhandene Kapital in diesem Jahre zum ersten Male voll dividendenberechtigt wird. Trotz des schlechten Wetters scheint das Brauereigefäß recht günstig verlaufen zu sein.

Diskontermäßigung der italienischen Nationalbank. Seit 27. Oktober ist nach einem Beschlusse der Verwaltung der italienischen Nationalbank der Diskontsatz für Wechsel und Wertpapiere, sowie der Lombardenzinssatz für Staatspapiere und die übrigen Wertpapiere um je 1/2 Prozent ermäßigt. Die neuen Sätze stellen sich also wie folgt: Diskontsatz für Wechsel und Wertpapiere 5 1/2 Prozent, der Lombardenzinssatz für Staatspapiere 6 1/2 Prozent, für die übrigen Wertpapiere 7 Prozent.

Erhaltung der italienischen Filmindustrie. In der italienischen Filmindustrie sind Fusionstendenzen im Gange, die internationale Interesse beanspruchen. Die „Bitaluce“ hat die „Unione Cinematografica Italiana“ mit ihrem Betriebe verschmolzen und dadurch ihr Kapital von 50 auf 100 Millionen Lire erhöht. Die Gesellschaft besitzt jetzt 200 eigene Theater und kontrolliert auch fast alle übrigen italienischen Kinos. Der neue Trust beherrscht ferner, die seit Jahren beachtlichen Kellern der „Uci“ wieder in Betrieb zu nehmen, so daß mit einem Aufschwung der italienischen Filmindustrie gerechnet werden kann.

Bullrich-Hagen-Salz. Bericht in dieser Zeitung mit dem Titel: Bullrich-Hagen-Salz. Bericht in dieser Zeitung mit dem Titel: Bullrich-Hagen-Salz. Bericht in dieser Zeitung mit dem Titel: Bullrich-Hagen-Salz.

Aus Schlessen.

Ortsgruppenvorstände!

Es ist dringend notwendig, daß wir jetzt aus allen Ortsgruppen das endgültige Resultat des Gegebisses der Werbeweche mitteilen erhalten. Eine ganze Reihe von Ortsgruppen hatte auf dem Berichtsformular vermerkt, daß es nur ein vorläufiges Resultat sei, daß die Werbung noch weiter geht.

Wir bitten diese Ortsgruppen, uns auf einer Karte zu lagern, was bereits berichtet war, und wieder Neuannahmen bis zur Ablebung der Karte noch zu verzeichnen sind. Ebenso dringend notwendig ist es, daß die 75 Ortsgruppen, die bisher überhaupt noch nicht berichtet haben, uns mitteilen, welches Ergebnis zu verzeichnen ist.

Ortsgruppenvorstände! Wir müssen bis spätestens Sonnabend, den 12. November, den Bericht in der Hand haben. Jede Ortsgruppe muß uns mitteilen, was für Erfolge zu verzeichnen sind. Bis zum 15. November muß der Parteivorstand das endgültige Resultat in Händen haben.

Nichts versäumen, der Bericht ist sehr wichtig.

Der Bezirksvorstand.

Deutsche Verständigungsbereitschaft in der Minderheitenfrage.

Die heillosen Vorgänge in Ostoberschlesien, durch die der ganze Problem der Minderheitensicherung nochmals aufgeheizt wurde, haben die internationalen Instanzen zu einer gründlichen Prüfung der Angelegenheiten veranlaßt. Der Präsident der Gemischten Kommission, Calonder, und der Präsident des Schiedsgerichts, Raekenbeck, befaßen sich gegenwärtig mit den Beschwerden, die der Deutsche Volksbund in der Frage des Untertrichts für die Minderheiten gegen die Rattowitzer Wojewodschaft erhoben hat. Parallel dazu läuft eine Prüfung der Beschwerden, die vom Polenbunde in Westoberschlesien wegen angeblicher Schikanen erhoben wurde.

Daß deutschseits eine Politik der Gerechtigkeit und Toleranz auch in Zukunft fortgesetzt werden soll, beweist eine Erklärung, die der Oberpräsident der Provinz Ostoberschlesien, Dr. Proste, anlässlich einer gesellschaftlichen Veranstaltung, zu der außer einer Reihe führender Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft auch Calonder und Raekenbeck erschienen waren, mit allem Nachdruck abgegeben hat.

In dieser Erklärung wird betont, daß die Reichs- und Staatsregierung und mit ihr die Bevölkerung von Ostoberschlesien bedingungslos und vorbehaltlos auf dem Boden der Einhaltung des Genfer Vertrages und der Verpflichtungen stehen, die in ihm gegenüber der polnischen Minderheit übernommen sind. Die Inanspruchnahme der Bestimmungen der Genfer Konvention sei ein verbotenes Recht. Die Maxime eines jeden Rechtsstaates sei es aber, daß wer von seinem Rechte Gebrauch mache, niemandem verleihe, daß also auch die Ausübung der Rechte aus dem Genfer Abkommen keine Gefahr bedeute. Ruhe und Zufriedenheit in Ostoberschlesien setzen voraus, daß jeder Achtung vor dem Rechte des anderen habe, auch wenn er anderen Stammes sei. Diese Achtung und der Wunsch nach friedlichem Zusammenleben auch mit den anderssprachigen Mitbürgern sind, wie Dr. Proste hervorhob, so tief in der Bevölkerung eingewurzelt, daß die strenge Beachtung des Genfer Abkommens durch die Staatsregierung bei der gesamten Bevölkerung volles Verständnis findet. Sollten etwa im Einzelfalle entgegengelegte Regungen zu Tage treten, so würden Reichs- und Staatsregierung streng durchgreifen und nicht gestatten, daß der innere Friede zwischen Mehrheit und Minderheit gestört werde. Das gelte besonders für das Schulwesen, das im Mittelpunkt dieser Fragen stehe.

Oberpräsident Dr. Proste betonte, daß die polnischen Minderheitenschulen in Ostoberschlesien als öffentliche Schulen Gegenstand der gleichen Fürsorge der Regierung sind wie die öffentlichen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache. Die in den Minderheitenschulen Lehrenden und Lernenden streben denselben Idealen gegläuteter Staatsgesinnung zu wie ihre deutschsprachigen Mitbürger. Nach Abschluß der Schulzeit treten die Schüler der Minderheitenschulen mit diesen in die gleichen Rechte ein. Dies wird überall in der Provinz anerkannt und die polnischen Minderheitenschulen bezeugen nirgends einer Mißachtung, geschweige denn Bekämpfung der ihr eigentümlichen Aufgaben. Wo bei der völligen Reue der Einrichtung solcher Schulen gewisse Mängel hervorgetreten sind, wie bei der Berechtigung des geeigneten Lehrpersonals und, wo sich weitere Mängel zeigen sollten, wird auf ihre Abheilung im höchsten Maße Bedacht genommen mit dem Präsidenten der Gemischten Kommission und unter weitestgehender Rücksichtnahme auf seine Anregungen hingewirkt. In der strikten Einhaltung des Genfer Abkommens, die die Richtschnur der deutschen und preussischen Politik seit seinem Inkrafttreten gewesen ist, gebenden Reichs- und Staatsregierung unerschütterlich und loyal festhalten.

Dieser Erklärung, deren Loyalität auch von dem anwesenden Präsidenten des Polenbundes anerkannt wurde, kommt eine gewisse allgemeine politische Bedeutung zu. Sie gibt in würdiger Form der Verständigungsbereitschaft der deutschen Behörden in der Angelegenheit des Minderheitenkonflikts Ausdruck und wird sicherlich auch auf polnischer Seite ein Echo finden. Die Erklärung wird ferner bei den Völkern und in allen den Eindruck vertiefen, daß auf deutscher Seite alles geschieht, um die Minderheitenfrage loyal und friedlich zu lösen.

Reichenbach. Die verrückte Turmuhr. Ganz sonderbare Stücke lieferte sich in diesen Tagen die heilige Reichenbach. Sie fing an zu schlagen, obwohl die Zeiger gar nicht auf Stunden- oder Viertelstunden-Stellen standen, sie schlug bald so, bald anders, gegen Mittag drei Uhr, abends gar nicht, dazwischen wieder mehrfach in schneller Folge, so daß man glaubte, es sei Ortsfeueralarm. Um noch mehr Unheil zu verhüten, ließ man die „verrückte“ Turmuhr über Nacht stehen und sorgte dann früh nach der Ursache, die ganz famos war. Schuld waren die Sieger vom vorigen Sonntag! Sie waren so niedrig über die Stadt geflogen, daß sie über dem Ringe sogar eine Telefonleitung zerstörten, die nach dem Rathaus emporsührt. Ein Ende! Draht davon hatten sie mit dem Flugzeug mit fortgeführt, das andere Ende aber hatte sich — um die Zeiger der Turmuhr gewickelt, so daß diese nicht mehr richtig vorwärts konnten, während das Schlagwerk ruhig sein Vermögen immer weiter schlug, auch wenn die Zeiger nicht auf den Schlagstellen standen. Der Schaden wurde natürlich alsbald beseitigt.

Wessersdorf. Selbstmord eines zwölfjährigen Mädchens. Im benachbarten Neustadt a. L. hat sich die 12 Jahre alte Tochter der Kriegswitwe Reumann erhängt. Während die Angehörigen zu Hause weilten, ging das Kind unbemerkt in eine Dachkammer und vollführte die Verweissungstat. Man kann nur annehmen, daß eine Augenblickliche Sinnverwirrung das unglückliche Mädchen zu dem Schritte veranlaßt hat.

Blag. Am Essen erstickt ein auf dem Kommando beschäftigter schlesischer Arbeiter. Um blieben einige Bissen ungenossenes Fleisch im Halse stecken, die er trotz aller Hilfe nicht wieder herausbringen konnte.

Soposzewitz. Entlaufen und vom Zuge überfahren. Einem Wittichenauer Viehhändler war bei einem Viehtransport, der abends vor sich ging, ein Ochse angeschlossen. Von Soposzewitz war das Tier nicht aufzufinden. Im nächsten Morgen war das Tier aufgefunden und eingeschickt worden. Bald aber war es wieder entlaufen und im Walde nach der Bahn zu

verschwinden. Auf dem Bahnhöfen erstickte den Ochsen das Schicksal. Man fand den Ausreißer tot, vom Zuge überfahren. **Görlitz.** Wiedereröffnung der entsprungenen Strafgefangenen. Die in der Nacht zum 6. November aus dem hiesigen Gefängnis entwichenen Strafgefangenen Willi Kemper und Hans Dyrarla wurden noch am selben Tage von der hiesigen Kriminalpolizei aufgegriffen und dem Gefängnis wieder zugeführt. Einer der Entwichenen wurde in einer Wohnung der Hauptstraße, der andere in einem Hofstall eines Hinterhauses der Hauptstraße festgenommen. Beide hatten sich sofort nach Freiheitserlangung nach hinter Deutsch-Ostj. begeben, wo sie sich über am Eisenbahndamm aufhielten. Wo dort Gelegenheit, sich Zirkelkleider zu verschaffen, nicht gegeben war, kamen sie im Schutze der Dunkelheit wieder nach der Stadt zurück, um sich hier Kleidung und Geldmittel für ihre weitere Flucht zu verschaffen, so daß sie wieder festgenommen und nach dem Gefängnis gebracht wurden, womit ihr Freiheitsraum ein schnelles Ende erreicht hat.

Neutisch (Gauß). Totschlag. Der 62jährige Steinarbeiter Johann Grafe und der 26jährige Steinarbeiter Martin Herbig, beide von hier, kamen nach kurzem Wortwechsel im Steinbruch Wörner im Niederdorf in Streit, der bald in Tätlichkeiten ausartete. Im Verlaufe dieses Streites brachte der junge Herbig dem Grafe mit einem mit schwerem Eisen beschlagenen Stocke sehr schwere Verletzungen bei: Unterarmbrüche beiderseitig, Unter- und Oberarmbrüche links und mehrere Kopfwunden. Herbig schlug in bestialischer Weise fortwährend auf Grafe ein und trampelte auf seinem am Boden liegenden Opfer herum und brachte ihm so die vielen Knochenbrüche bei. Sogar der sofort herbeigerufene Arzt, der die erste Hilfe leistete, wurde von dem rohen Täter schwer beleidigt und bedroht. Der verletzte Grafe mußte noch am Abend ins Krankenhaus in das Bauhener Stadtkrankenhaus eingeliefert werden, wo er am anderen Morgen infolge der überaus schweren Verletzungen starb. Der Täter wurde festgenommen und der Staatsanwaltschaft übergeben. Herbig gehoben werden aber muß im Anschluß daran noch, daß Angehörigen Grafes, von denen sich sieben in seiner Nähe befanden, nicht eingriffen. Auch die anderen Arbeiter die nicht weit vom Tatort beschäftigt waren, hielten den Wüterich nicht von seiner Tat ab. Nur zwei Arbeitskollegen versuchten, dem Unmenschen in die Arme zu fallen konnten aber, da sie keine Unterstützung fanden nichts ausrichten.

Guttentag. Dreifacher Raubüberfall. Als der Händler Paul Helbig vom Bahnhof über die Felder nach der Brettmühle, seiner elterlichen Behausung, zuzuging, wurde er am Aufschlachten Lagerplatz von einem Manne überfallen. Der Mann verhielt dem Abnungstollen mit einem dicken Stock drei Schläge auf den Kopf, so daß er sofort betäubungslos zusammenbrach. Ihm wurden 130 Mark Geld und zwei Körbe, enthaltend Fleisch, Speck, Butter und anderes mehr geraubt. Der Spüßbrot entkam in der Dunkelheit unentdeckt. Dem Heberfallenen wurde durch die Schläge die Schädeldecke durchgeschlagen. Er liegt mit einer schweren Gehirnerschütterung bedenklich daneben.

Königsblüte. Die hohen Fälle. Vom polnischen Zollamte Hohenblinde — Straße Beuthen — Königsblüte — wird der „Oberbesitzenden Volkstümme“ von einem Mitreisenden geschrieben: Trübe Erfahrungen machte an der polnischen Grenze eine Dame aus Dresden, die mit einem Kranze zur Beerdigung ihrer Mutter nach Königsblüte reiste. Für den Kranz wurden am polnischen Zollamte 72 Zloty verlangt. Selbstverständlich trug die Dame den Kranz an die deutsche Grenze zurück und bat um Aufbewahrung bis zu ihrer Rückkehr. Dann fuhr sie ohne Kranz zur Beerdigung ihrer Mutter.

Sinbenburg. Auffsehen erregende Verhaftung. Dieser Tage erfolgte hier die Verhaftung eines hiesigen Technikers unter der schweren Anschuldigung der Verleitung zum Morde. Die Angelegenheit hängt mit der rechtlichen Affäre zusammen. Hieraus ist zu entnehmen, daß auch die Anklage gegen Frau K. auf Nord lauten wird.

Sindenburg. Jugendliche „Entleerungs-Kommissionäre“. Die 6 Jahre alten Mädchen M. Wosnit und Ingeborg Zimmermann wurden aus einem Hofraum auf der Dorothienstraße durch zwei junge Mädchen entführt. Man brachte sie bis in die Nähe der polnischen Grenze bei Zabotze und raubte ihnen ihre Kleider, Unterwäsche und Ohrringe. Das eine der Mädchen war etwa 14 Jahre alt, ohne Kopfbedeckung und hat gelbes, volles Gesicht und helles Haar; trug einen hellgelben, etwas angelehnten Mantel und gestreifte Schürze. Die zweite Täterin, die erst 8 Jahre alt war, trug blaues Kleid und helle Weste. Merkwürdigerweise übergibt die Polizei diese Mädchenberaubung erst nach vollen vier Tagen der Presse, wodurch natürlich die Nachforschungen nach den jugendlichen Tätern außerordentlich erschwert werden.

Aus dem Kreise Nimptsch.

Wie ist die Zeitung interessant . . .

In der Sonntagsnummer bringt der „Landsmann“ ein „schönes“ Gedicht zur Gedenkweih am 6. November. Für die Angehörigen der Konfession ist die Gedenkweih immer ein Ereignis, und auch die Fabrikation von Gedichten zu besonderem Anlaß kann ein Ereignis werden, das man allerdings betrachten kann, wie man will.

Du hast sie uns zum Heil geschenkt,
Hast allen Unfall abgelenkt,
Wir danken dir von Herzen.

Das ist erfreulich und steht im ersten Vers. Aber der letzte zwingt zu Betrachtungen durch die Worte:

Lach es dir wohlgefallen,
Daß dich Gedenken nimmermehr
Zu Schredensrufen schallen.

Frage dieser fromme Wunsch in Erfüllung gehen, denn gerade diese Zeilen erinnern uns an eine Zeit ungezügelter Schredensrufe. Ist es noch im Gedächtnis alle, wozu Kirchen- und Gedenken, die doch eigentlich dem Dienst des Friedens und der Erbauung geweiht waren, von ihrem Gedenkstuhl in die Munitionsfabriken wanderten, um als Material für Zünder und Füllungsringe der Granaten zu dienen? So verwandelt, wurden sie in die Reihen des Feindes — christliche Brüder anderer Nationalität — geschleudert, Schredensrufe folgten der Tat. Das war freilich kein Ruhm für die Menschheit, und deshalb wünschen auch wir, daß der im Schlußvers enthaltene Wunsch sich erfüllen möge.

Wena es bisher nicht interessant war, jetzt kommt es schon. In derselben Nummer des „Landsmannes“ lesen wir unter der Überschrift „Aberlei Weisheit“:

Kaninchen vermehren sich bekanntlich außerordentlich stark. Würde man die Nachkommenhaft eines einzigen Pärchens unbefehligt lassen, so würde sich ihre Zahl in zehn Jahren auf 60 Millionen erhöht haben.

Du fragst, Heber Leser, wie das mit obigen frommen Wunsche in Verbindung gebracht werden kann? Sehr einfach! In Deutschland gibt es ein Pärchen, das unentwegt, gegen jede bessere Einsicht, darauf hinarbeitet, daß der fromme Wunsch nicht in Erfüllung gehe. Es ist das eble Ehepaar Kriegsverdiener und Kriegshörer. Niehe man diese zehn Jahre unbefehligt, dann hätten sie in dieser Zeit den 60 Millionen Deutschen ganz bestimmt die Meinung eingebracht, ein neuer Krieg sei die Befriedigung alles Heils. Nur weil wir diese Kaninchen nicht unbefehligt lassen und immer wieder darauf verweisen können, daß der Krieg Unheil ist und im Gefolge hat, kommt hier die schlaueste Fruchtbarkeit der Kriegshörer genau wie die Vermehrung der gefügigen Bierkäfer nicht zur Geltung. Ja, auch der „Landsmann“ ist wenn man so sehen versteht, interessant.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Achtung, Frauenbildungskursus!

Der kürzlich angekündigte Kursus: „Einführung in den Reichs- und preussischen Staatshaushalt“, Referent Genosse Regierungsrat Dr. Ernst Hamburger, M. d. L., findet am 25., 26. und 27. November im Gewerkschaftshaus in Breslau statt. Preis für Unterkunft und Verpflegung 7.— Mark für den ganzen Kursus. Meldungen werden von interessierten Genossinnen direkt oder von den Ortsgruppen an das Parteisekretariat der SPD., Breslau I, Margaretenstraße Nr. 17, bald erbeten. Unbemittelten Genossinnen bzw. finanziell schwachen Ortsgruppen kann die Zahlung der Kosten auf Antrag erlassen werden. Der Bezirksvorstand.

Neumarkt. Schwere Unglücksfall. Wie im vergangenen Jahre, so ist auch bei Beginn der diesjährigen Kampagne in der benachbarten Zuderfabrik Diehdorf ein schwerer Betriebsunfall zu verzeichnen. Ein Arbeiter geriet in die Transmissions- und erlitt einen schweren Armbruch, so daß Einlieferung ins Krankenhaus erfolgen mußte. Nichts Schlimmeres hätte es, wenn die zuständige Gewerbeinspektion sich des Falles näher annehmen und darüber hinaus eine Prüfung aller Arbeiterschutzbestimmungen vornehmen würde.

Neumarkt. Revolutionsfeier. Nachdem am vergangenen Sonnabend mehrere Bergleute stattgefunden hatten, war vorzuzusehen daß der Besuch unserer Revolutionsfeier nicht die sonst übliche Fülle anderer Veranstaltungen aufweisen würde. Dennoch fanden sich gegen 200 Personen ein. Nach kurzen Einleitungsworten durch den Vorsitzenden behandelte Genosse J. A. H. Breslau in halbhumorigem Vortrag die Bedeutung des 9. November. Die Anwesenden sollten ihm für seine Ausführungen reichen Beifall. Zur Ausschmückung des Abends gelangten zwei Lichtbild-Serien mit Erklärungen zur Vorführung. „China, das Reich der Mitte“ zeigte Sitten und Gebräuche der Chinesen, ihre Schnitz- und Webkunst, aber auch der wirtschaftliche Rückstand war ausgeprägt wiedergegeben. — „Schwarz-Rot-Gold, die Flagge deutscher Einheit und Größe“, bot reichlichen Stoff zum Nachdenken. Wirkungsvoll waren die Aussätze berühmter deutscher Dichter und die Darstellung Vater Jahn, Robert Blum usw. als wahre Streiter für die Farben Schwarz-Rot-Gold, darüber hinaus lehrten die Bilder, wie Frauen in vergangener Zeit auf den Barrikaden dieses Banner verteidigten. Die Veranstaltung war wirklich angetan, den republikanischen Gedanken zur Vertiefung zu bringen. Obwohl verschiedene Missetäter durch Unwesenheit glänzten, kann der Abend als gelungen bezeichnet werden. Notwendig allerdings ist, daß bei kommenden Veranstaltungen allseitiges Interesse entgegengebracht wird. Der Arbeiterschaft Neumarkts tut Aufklärung wirklich not.

Geschäftliches.

Tüchtige Geschäftsleute im ganzen Reich überzeugen sich täglich mehr von der Beliebtheit der Wägen R. K. Raubanbons und bemerken, daß der leichte Verkauf der Wägen dazu beiträgt, die Lebenslage zu füllen und die so gefürchteten Unkosten teilweise zu decken. Die kleinen Wägen mit der Luft- und Staubdichten roten Wachsparier-Wandung sind überall bekannt und das Publikum legt gerne ein Schnupfenstück für dieses billige Konfekt besser Qualität an, das durch seinen angenehmen, dauernden Pfefferminzgeschmack zu jeder Jahreszeit erfrischend wirkt. — Letzte und Zahnärzte brechen dem Raugummi insofern einen praktischen Wert zu, als die Zähne durch das Raugen gut reingehalten werden. Das Zahnfleisch wird gestärkt — durch erhöhte Speicheldrüse werden Mund und Rachen erfrischt.



Spare!

Denke an Deine Zukunft.
Bringe Dein Geld zur Sparkasse der

**Bank der Arbeiter, Angestellten
u. Beamten, A.-G., Filiale Breslau**
Margaretenstraße 17.



Wasserstand

10. November.

Ratibor.	1,69	Kamien (Unter-Vogel)	3,4
Hefse (Stadt) v. 9. 11.	-0,47	Dobemisch	2,86
Nejsewina (Unter-Vogel)	1,90	Abflugsmenge (etw. 163 cbm)	
Strig (Mallenkan)	2,79	Kürtenberg vom 9. 11	2,04
Teich	1,01	Wassermenge + 9°	

Bereinstalender.

Sozialistischer Raubbund (S.R.B.) Morgen 7.45 Uhr, Turnhalle antreten.